GESCHÄFTSBERICHT **2012**

Ehrlich. Effizient. Sicher.

KZVK

Die Katholische
Zusatzversorgungskasse

Hinweis:
Aus rechentechnischen Gründen können in Tabellen und Verweisen Rundungsdifferenzen zu den sich mathematisch exakt ergebenden Werten (Geldeinheiten, Prozentangaben usw.) auftreten.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verwenden wir im gesamten Geschäftsbericht nur die männliche Geschlechtsform. Selbstverständlich sind immer die weibliche und männliche Form gleichermaßen gemeint.

GESCHÄFTSBERICHT **2012**

Kirchliche Zusatzversorgungskasse
des Verbandes der Diözesen Deutschlands

Mehrjahresvergleich

		2012	Veränderung zum Vorjahr	2011	2010	2009	2008
Bestandsentwicklung							
Beteiligte		7.923	-2,25 %	8.105	8.735	8.864	9.241
Zusätzliche Abrechnungsstellen		8.291	-0,62 %	8.343	8.378	8.510	8.791
Pflichtversicherungsverhältnisse		511.955	2,03 %	501.767	488.529	479.136	468.704
Beitragsfreie Versicherungen		585.051	4,57 %	559.468	534.240	509.738	490.778
Freiwillige Versicherungsverträge		40.447	-0,29 %	40.565	40.499	39.845	39.285
Versorgungsempfänger		131.804	4,42 %	126.224	120.488	114.952	110.005
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage							
Bilanzsumme	Mio. €	16.125	3,58 %	15.568	14.711	14.000	13.349
Ausgleichsposten	Mio. €	721	-30,81 %	1.042	1.073	1.122	1.156
Kapitalanlagen	Mio. €	15.063	5,57 %	14.268	13.385	12.622	11.890
Versicherungstechnische Rückstellungen							
Deckungsrückstellungen	Mio. €	16.028	3,31 %	15.514	14.657	13.948	13.243
Sonstige satzungsmäßige Leistungen	Mio. €	4	0 %	4	4	4	3
Überschussbeteiligungen	Mio. €	0	0 %	0	0	0	0
		16.032	3,31 %	15.518	14.661	13.952	13.246
Kapitalanlagendeckungsgrad	%	94,0	+2,1 Pkt.	91,9	91,3	90,5	89,8
Beiträge und Umlagen	T€	629.095	3,47 %	607.975	522.524	506.790	478.439
Sanierungsgelder	T€	148.464	2,16 %	145.320	79.232	76.640	73.237
Durchschnittlicher Beitrag je angemeldeter Person*	€	1.229	1,40 %	1.212	1.070	1.058	1.021

* Personen mit beitragsfreien Versicherungen werden nicht berücksichtigt.
Die Berechnung des durchschnittlichen Beitrags erfolgt ohne Sanierungsgelder.

Die KZVK in Kürze

DAS IST DIE KZVK

Die KZVK wurde am 30. August 1976 als rechtlich selbstständige kirchliche Einrichtung mit Sitz in Köln gegründet. Sie hat den Status einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts.

Mit knapp 1,1 Millionen versicherten Personen, mehr als 130.000 Rentenempfängern, über 7.900 beteiligten Arbeitgebern, etwa 8.300 zusätzlichen Abrechnungsstellen und damit insgesamt rund 16.200 Abrechnungsstellen sowie einer Kapitalanlage von über 15 Milliarden € gehört die KZVK zu den größten Pensionskassen in Deutschland. 229 Mitarbeiter arbeiten engagiert und mit hoher Kompetenz für die Versicherten und Beteiligten der KZVK.

DAS IST UNSERE AUFGABE

Die Dienstgeber des kirchlichen und kirchlich-caritativen Dienstes im Bereich der Diözesen der Bundesrepublik Deutschland sagen ihren Beschäftigten eine betriebliche Altersversorgung zu. Die KZVK hat die Aufgabe, für die Dienstgeber die betriebliche Altersversorgung nach Maßgabe ihrer Satzung durchzuführen.

DAS VERBINDET UNS

Die KZVK ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung (AKA) e. V. Die Fachvereinigung Zusatzversorgung der AKA setzt sich aus 24 kommunalen und kirchlichen Zusatzversorgungskassen zusammen. Die Mitgliedskassen betreuen über 40.000 kommunale und kirchliche Arbeitgeber. Versichert sind mehr als 6,6 Millionen Beschäftigte aus dem kommunalen und kirchlichen Dienst, davon 3,3 Millionen Pflichtversicherte. Über 1,2 Millionen Rentner haben im Jahr 2011 Leistungen in Höhe von mehr als 4,6 Milliarden € von den Kassen erhalten.

DAS ZEICHNET UNS AUS

Ehrlich. Effizient. Sicher. Wir wollen, dass unsere Kunden sich bei uns gut aufgehoben fühlen. Sie sollen uns vertrauen können. Als professioneller Dienstleister mit klar strukturierten Zuständigkeiten und Prozessen arbeiten wir mit den uns anvertrauten Geldern wirkungsvoll und zuverlässig. Das zahlt sich aus. Bei ausreichender Sicherheit legen wir das Kapital so an, dass ein angemessener Ertrag gewährleistet ist.

INHALTSVERZEICHNIS

01 IHRE KZVK

Der Vorstand 8
Verantwortlichkeiten/Ressorts 10
Die Unternehmensstruktur 11

Bericht des Verwaltungsrates 12
Der Verwaltungsrat 14
Ausschüsse des Verwaltungsrates 15

Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit stellt sich vor 16
Gemeinsam Ziele erreichen 20
Unsere Beteiligten und Versicherten 20
Auf gute Partnerschaft 21
Das Caritas Behindertenwerk in der StädteRegion Aachen 22
Was uns wichtig ist 24
Ethische Geldanlage 24
Die Gesundheit unserer Mitarbeiter 25

02 LAGEBERICHT

Aufgabe 28
Rechtliche Grundlagen 28
Branchenspezifische Rahmenbedingungen 29
Kapitalmarktentwicklung 30

Geschäftsverlauf 31
Vermögens-, Finanz- und Ertragslage 34
Risikobericht 39
Prognosebericht (Ausblick) 44
Nachtragsbericht 45

03 JAHRESABSCHLUSS

Bilanz 48
Gewinn- und Verlustrechnung 50
Anhang 51

04 ERGEBNIS DER ABSCHLUSSPRÜFUNG

Bescheinigung 66

01 IHRE KZVK

Der Vorstand

Bernd Franken und Dr. Claudia Leimkühler

Sehr geehrte Damen und Herren,

wie gut kennen Sie die KZVK? Diese Frage haben wir uns in den vergangenen Monaten immer wieder gestellt, da die Basis für unsere Arbeit Ihr Vertrauen ist. Und Vertrauen setzt man nur in jemanden, den man gut kennt.

Mit dem Geschäftsbericht für das Jahr 2012 möchten wir Sie darum nicht nur über die Kennzahlen und Ergebnisse des abgelaufenen Jahres informieren, sondern Ihnen auch Ihre KZVK näher vorstellen. Wir zeigen die Strukturen der Kasse auf und stellen Ihnen von nun an jährlich eine Abteilung mit Ihren Ansprechpartnern vor. Auf diese Weise können Sie sich künftig ein besseres Bild von uns machen. Auch ist uns sehr wichtig, von der guten Zusammenarbeit mit unseren Beteiligten zu berichten. Aber nicht nur inhaltlich, sondern auch äußerlich beschreiten wir neue Wege. Der Geschäftsbericht erscheint im neuen Corporate-Design der KZVK. Wir hoffen, dass er Ihnen gefällt. Für Anregungen und Kommentare dazu sind wir Ihnen dankbar.

Die betriebliche Altersvorsorge ist ein sehr nachhaltiges Produkt, das auf eine lange wechselseitige Beziehung angelegt ist. Die Anzahl der Beteiligten und Abrechnungsstellen ist zwar seit einigen Jahren rückläufig; dies ist im Wesentlichen auf eine Verwaltungskonzentration in den Bistümern zurückzuführen. Auf das Geschäftsvolumen der Kasse hat dieser Prozess aber keine Auswirkungen. Die Anzahl der Pflichtversicherten und der Rentner ist unverändert steigend.

Wir möchten unseren Teil dazu beitragen, dass auch Sie, die Versicherten, sich im Alter um die wirklich wesentlichen Dinge kümmern können. Deshalb legen wir die uns anvertrauten Beiträge sicher und rentabel an. Wie auch alle anderen Finanzunternehmen stellte uns dies aus wirtschaftlicher Sicht im Jahr 2012 vor enorme Herausforderungen.

Die KZVK hat die risikoorientierte Umstrukturierung der Kapitalanlagen konsequent weiter verfolgt. Dabei haben wir den Fokus auf eine weitere Diversifikation und Internationalisierung der Kapitalanlagen gelegt. So ist es uns auch im Jahr 2012 trotz eines schwierigen Marktumfeldes gelungen, Ihnen eine sichere und attraktive betriebliche Altersversorgung zu bieten.

Das gute Ergebnis der KZVK kommt nicht von alleine. Es ist der Lohn für gute Arbeit, Professionalität und überdurchschnittlichen Einsatz. Dafür bedanken wir uns bei unseren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren, danken wir für Ihre vertrauensvolle Unterstützung und den konstruktiven Dialog im vergangenen Jahr. Wir werden uns auch weiterhin bemühen, Sie von unseren Leistungen zu überzeugen.

Mit freundlichen Grüßen

Dr. Claudia Leimkühler

Bernd Franken

Verantwortlichkeiten/Ressorts

RESSORT KAPITALANLAGE
Bernd Franken, Trier
Vorstandssprecher bis 8. Juli 2013

RESSORT RISIKOMANAGEMENT
Dr. Claudia Leimkühler, Hamburg
Vorstandssprecherin ab 9. Juli 2013

RESSORT KUNDEN UND PRODUKTE
Dr. Claudia Leimkühler, kommissarische Leitung
Gabriele Boßmann, Bonn, bis 31. Oktober 2012

Die Unternehmensstruktur

Die KZVK ist eine rechtlich selbstständige kirchliche Einrichtung in der Rechtsform einer Anstalt des öffentlichen Rechts mit Sitz in Köln. Träger der Kasse ist der Verband der Diözesen Deutschlands.

In unserem Schaubild erhalten Sie eine Übersicht, die in vereinfachter Form zeigt, in welche Ressorts die Kasse aufgeteilt ist und welche Geschäftsbereiche den einzelnen Ressorts zugeordnet sind.

DIE UNTERNEHMENSSTRUKTUR AUF EINEN BLICK:

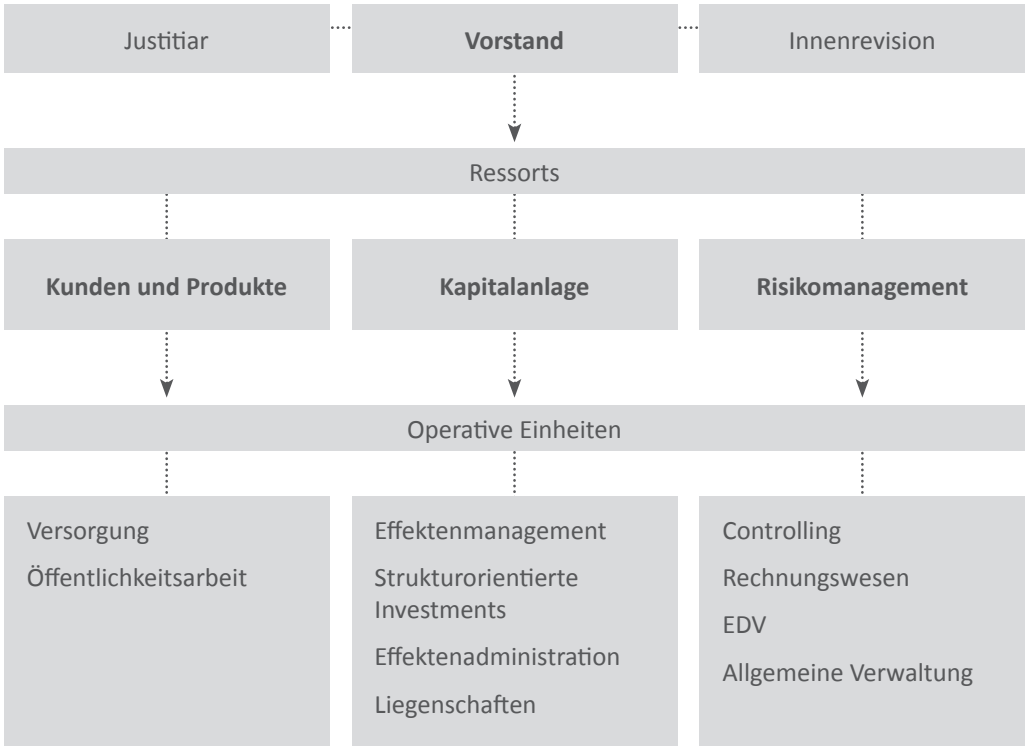


Schaubild Ressorts und Geschäftsbereiche der KZVK

Bericht des Verwaltungsrates

Vorsitzender des Verwaltungsrates, Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt, Münster

Der Verwaltungsrat hat auch im Geschäftsjahr 2012 seine satzungsmäßigen Aufgaben intensiv wahrgenommen und insbesondere die Geschäftsführung des Vorstandes umfassend überwacht. Dazu hat der Verwaltungsrat regelmäßig Berichte des Vorstandes über die beabsichtigte Geschäftspolitik, die wirtschaftlichen Verhältnisse und den Gang der Geschäfte entgegengenommen.

In vier Sitzungen des Verwaltungsrates, drei Sitzungen des Arbeitsausschusses sowie einer Sitzung des Rechnungsprüfungsausschusses wurden mit dem Vorstand die Lage und Entwicklung der Kasse eingehend beraten und die erforderlichen Beschlüsse gefasst.

Der Rechnungsprüfungsausschuss und der Verwaltungsrat haben den Jahresabschluss der Kasse für das Geschäftsjahr 2012 und den Lagebericht sorgfältig geprüft. Dazu lag der Prüfungsbericht des Abschlussprüfers, der Ernst & Young GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft, Köln, vor. Die Prüfung hat zu keinen Einwänden geführt. Der Abschlussprüfer hat bescheinigt, dass der Jahresabschluss den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung entspricht und ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse vermittelt.

Der Verwaltungsrat hat dem Verband der Diözesen Deutschlands als Rechts- und Fachaufsicht über die Kasse vorgeschlagen, den Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 festzustellen und dem Vorstand Entlastung zu erteilen. Er hat den Verband der Diözesen Deutschlands außerdem gebeten, über die Entlastung des Verwaltungsrates zu entscheiden.

Der Verwaltungsrat dankt dem Vorstand sowie den Mitarbeitern für ihren erneut hohen Einsatz und ihre gute und erfolgreiche Arbeit.

Münster, den 12. September 2013

Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt
Vorsitzender des Verwaltungsrates

Der Verwaltungsrat

Vorsitz
Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt, Vorsitzender, Münster
Generalvikar Prälat Dr. Dominikus Schwaderlapp, stellvertretender Vorsitzender bis 16. März 2012, Köln
Generalvikar Prälat Dr. Stefan Heße, stellvertretender Vorsitzender ab 1. Juli 2012, Köln

Mitglieder	Vertreter
Michael Birkle, Religionslehrer, Berlin*	**Georg Hillenkamp,** Schleswig*
Dr. Martin Böckel, Verwaltungsdirektor, Köln	**Ludger Krösmann,** Essen
Herbert Böhmer, Kindergartenleiter, Krefeld*	**Heinz-Leo Görtzen,** Aachen*
Dieter Erfurth, Geschäftsführer, Gangelt*	**Bernd Koch,** Düren*
Georg Grädler, Gemeindereferent, Heidelberg*	**Stephan Schwär,** Ehrenkirchen*
Michael Himmelsbach, Erzb. Oberrechtsdirektor, Freiburg	**Eberhard von Alten,** Mainz*
Andrea Hoffmann-Göritz, Bistumsangestellte, Saarbrücken*	**Udo Koser,** Frankfurt am Main*
Andreas Jaster, Fachkrankenpfleger, Berlin*	**Josef Wählen,** Mönchengladbach*
Dr. Birgit Kugel, Diözesan-Caritasdirektorin, Trier*	**Dr. Rainer Brockhoff,** Stuttgart
Hans Jörg Millies, Finanz- und Personalvorstand, ab 1. Juli 2012, Freiburg*	**Norbert Beyer,** ab 1. Juli 2012, Freiburg*
Matthias Mitzscherlich, Diözesan-Caritasdirektor, Dresden*	**Bernhard Brantzen,** Magdeburg*
Dr. Claus C. Nommensen, Arzt, Hannover*	**Maria Bedersdorfer,** Darmstadt*
Aloys Raming-Freesen, Rechtsdirektor, Osnabrück	**Kirsten Straus,** Trier
Niko Roth, Finanz- und Personalvorstand, bis 30. Juni 2012, Freiburg*	**Dietmar Bühler,** bis 30. Juni 2012, Freiburg*
Thomas Rühl, Mitglied der Arbeitsrechtlichen Kommission des DCV, Salzkotten*	**Olaf Wittemann,** Bergisch Gladbach*
*pflichtversichert bei der KZVK	

Ausschüsse des Verwaltungsrates

Arbeitsausschuss
Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt, Vorsitzender
Dr. Martin Böckel
Georg Grädler
Andreas Jaster
Hans Jörg Millies, ab 19. September 2012
Aloys Raming-Freesen
Niko Roth, bis 30. Juni 2012
Thomas Rühl

Rechnungsprüfungsausschuss
Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt, Vorsitzender
Dieter Erfurth
Michael Himmelsbach
Andrea Hoffmann-Göritz
Dr. Claus C. Nommensen

Die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit stellt sich vor

In der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit sind 22 Mitarbeiter für unsere beteiligten Arbeitgeber und Versicherten tätig. Wir bearbeiten alle Angelegenheiten im Zusammenhang mit der Beteiligung eines Arbeitgebers, übertragen Versorgungsanwartschaften bei einem Arbeitgeberwechsel des Versicherten, informieren und beraten Arbeitgeber und Versicherte in den Einrichtungen vor Ort und sind zuständig für die externe Kommunikation der Kasse.

Die Aufgaben der Abteilung Öffentlichkeitsarbeit sind so vielfältig, dass sie von unterschiedlichen Bereichen wahrgenommen werden. Hier erhalten Sie einen kurzen Überblick über die einzelnen Tätigkeitsbereiche und die dazugehörigen Ansprechpartner. Telefonisch erreichen Sie alle Mitarbeiter unter der Telefonnummer 0221 2031 und der angegebenen Durchwahl.

Nadja Klöcker, Andreas Wolffram, Monika Krämer-Petereit, Ines Deutsch, Willy Wolfertz, Martina Tautges, Sebastian Schönenstein (von links nach rechts)

ABTEILUNGSLEITUNG:
Geleitet wird die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit von:
Willy Wolfertz | - 425 | willy.wolfertz@kzvk.de

Unterstützt wird die Abteilungsleitung durch:
Ines Deutsch, Sekretariat | - 341 | ines.deutsch@kzvk.de
Nadja Klöcker, Sekretariat | - 843 | nadja.kloecker@kzvk.de

MARKETING:
Wir möchten, dass Sie, Arbeitgeber und Versicherte, mehr über die KZVK und die Zusatzversorgung im kirchlich-caritativen Dienst erfahren, dass Sie wissen, wer wir sind und was wir machen. Unser Ziel ist , das einheitliche und prägnante Erscheinungsbild der KZVK nach innen und außen zu stärken. Hierfür arbeiten wir mit renommierten Agenturen und Produzenten zusammen.

Ihre Ansprechpartner sind:
Sebastian Schönenstein | - 851 | sebastian.schoenenstein@kzvk.de
Martina Tautges | - 415 | martina.tautges@kzvk.de

BETEILIGUNG:

Die Mitarbeiter dieses Bereiches nehmen neue Arbeitgeber bei der Kasse auf, setzen strukturelle Veränderungen bei den beteiligten Arbeitgebern in der Zusatzversorgung um und beenden Beteiligungsverhältnisse. Ein Schwerpunkt bildet die Prüfung, ob bei einem neu gegründeten Rechtsträger die Voraussetzungen für den Erwerb der Beteiligung vorliegen.

Über eine Kontaktaufnahme bei Beteiligungsfragen freuen sich:
Andrea Heinen | - 569 | andrea.heinen@kzvk.de
Judith Assmann | - 173 | judith.assmann@kzvk.de
Wiebke Baltes | - 228 | wiebke.baltes@kzvk.de
Bernd Kehr | - 272 | bernd.kehr@kzvk.de

Michaela Grandegger, Nadine Boxberg, Andrea Heinen, Bernd Kehr, Judith Assmann, Wiebke Baltes (von links nach rechts)

ÜBERLEITUNG:

Wechselt ein Versicherter seine Arbeitsstelle, kann er in vielen Fällen seine Versorgungsanwartschaft zu seinem neuen Arbeitgeber mitnehmen. Innerhalb des kirchlichen und kommunalen Dienstes haben die Zusatzversorgungseinrichtungen eine Überleitung von Versorgungsanwartschaften vereinbart. Mit der Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder (VBL) gibt es ein Abkommen über die Anerkennung von Versicherungszeiten. Im Übrigen richtet sich die Übertragung von Anwartschaften nach dem Betriebsrentengesetz.

Bei Fragen zum Thema Überleitung stehen Ihnen als Ansprechpartner zur Verfügung:
Nadine Boxberg | - 177 | nadine.boxberg@kzvk.de
Michaela Grandegger | - 305 | michaela.grandegger@kzvk.de
Heidrun König | - 558 | heidrun.koenig@kzvk.de

BERATUNG UND INFORMATION DER ARBEITGEBER UND VERSICHERTEN:

Acht unserer Mitarbeiter beraten und unterstützen die Arbeitgeber bundesweit in ihren Einrichtungen vor Ort bei der Abwicklung der Zusatzversorgung. Dazu besuchen sie die Personalabteilungen und Gehaltsabrechnungsstellen. Wir möchten Ihnen, den Arbeitgebern, helfen, korrekte Rentenleistungen für Ihre Beschäftigten auf der Grundlage fehlerfreier Meldungen sicherzustellen und zu hohe finanzielle Aufwände bei Ihnen und den Versicherten aufgrund falscher Besteuerung und Entrichtung von Sozialabgaben zu vermeiden.

Außerdem informieren unsere Mitarbeiter Sie, die Versicherten, in Informationsveranstaltungen und individuell in Einzelberatungen über alle Fragen zu Ihrer Zusatzversorgung.

In regionalen Veranstaltungen führen wir regelmäßig Seminare und Workshops für die mit der Abwicklung der Zusatzversorgung betrauten Mitarbeiter der Arbeitgeber durch. Da im Personalbereich sowohl neue Mitarbeiter als auch erfahrene Fachleute tätig sind, bieten wir die Seminare mit unterschiedlicher Ausrichtung an. Im Grundlagenseminar vermitteln wir ein fundiertes Basiswissen rund um die Zusatzversorgung. Im Praktikerseminar können bereits erworbene Kenntnisse erweitert und vertieft werden. Außerdem berichten wir ausführlich über Aktuelles aus der Zusatzversorgung.

Immer häufiger befassen sich auch die Mitglieder von Mitarbeitervertretungen mit Fragen zur Zusatzversorgung der KZVK. Mit speziellen MAV-Schulungstagen unterstützen wir sie bei ihrer Aufgabe. Die Schulungsveranstaltungen sind als geeignet für die Vermittlung von Kenntnissen für die Arbeit in der Mitarbeitervertretung anerkannt.

Es beraten und informieren:
Alfons Baumgarten | - 157 | alfons.baumgarten@kzvk.de
Claudia Chrenko | - 161 | claudia.chrenko@kzvk.de
Petra Franke | - 225 | petra.franke@kzvk.de
Gregor Fuchs | - 156 | gregor.fuchs@kzvk.de
Susanne Kopp | - 162 | susanne.kopp@kzvk.de
Uwe Neukirchen | - 146 | uwe.neukirchen@kzvk.de
Armin Schmitz | - 570 | armin.schmitz@kzvk.de
Ralf Steiger | - 310 | ralf.steiger@kzvk.de

Inhaltlich und technisch unterstützt werden die Mitarbeiter durch:
Monika Krämer-Petereit | - 164 | monika.kraemer-petereit@kzvk.de
Andreas Wolffram | - 390 | andreas.wolffram@kzvk.de

Alfons Baumgarten, Armin Schmitz, Petra Franke, Uwe Neukirchen, Ralf Steiger, Gregor Fuchs, Susanne Kopp, Claudia Chrenko (von links nach rechts)

Gemeinsam Ziele erreichen

Unsere Beteiligten und Versicherten

Bistumsgrenze
Offizialatsgrenze
Erzbistum

keine Abrechnungsstellen
< 500 Abrechnungsstellen
> 500 Abrechnungsstellen
> 1.000 Abrechnungsstellen
> 2.000 Abrechnungsstellen

Auf gute Partnerschaft

Hand in Hand für mehr Sicherheit – die Basis unserer Arbeit ist das Vertrauen der Versicherten und Arbeitgeber katholischer Einrichtungen in die KZVK. Dies macht uns zu einem starken Versicherungsunternehmen für eine große Solidargemeinschaft. Unser umsichtiges und planvolles Wirtschaften zahlt sich für jeden von Ihnen aus.

Wir sind die Zusatzversorgungseinrichtung für die katholisch-kirchlichen und caritativen Einrichtungen in den Diözesen in der Bundesrepublik Deutschland. Dazu gehören sowohl Träger von großen überregionalen Krankenhausbetrieben als auch kleine lokale Trägervereine. Wir sind verlässlicher Partner aller bei uns beteiligten Einrichtungen in ihrer gesamten Unterschiedlichkeit. Seite an Seite mit ihnen streben wir individuelle, auf den Einzelfall abgestimmte Lösungen an. Gemeinsam tragen wir dafür Sorge, dass die Beschäftigten im Versorgungsfall ein Stück mehr an finanzieller Sicherheit erhalten.

Dabei setzen wir unter Berücksichtigung der jeweiligen Besonderheiten auf ein vertrauensvolles Miteinander und suchen im Rahmen unserer Möglichkeiten den persönlichen Kontakt zu den Beteiligten und den Versicherten. Dies gilt für den kleinen Kindergartenbetrieb genauso wie für den großen Betreiber von Krankenhauseinrichtungen.

Wir wollen, dass Sie, die beteiligten Arbeitgeber und die versicherten Beschäftigten, sich bei uns gut aufgehoben fühlen.

Die Partner der KZVK leisten wertvolle Arbeit im sozialen Bereich.
Hier stellen wir Ihnen eine erfolgreiche Einrichtung exemplarisch vor.

Das Caritas Behindertenwerk in der StädteRegion Aachen

Mit Engagement und Stolz dabei – Menschen mit Behinderung an ihrem Arbeitsplatz im Caritas Behindertenwerk GmbH in der StädteRegion Aachen in der Abteilung Zentralsterilisation Werk 1, Eschweiler (linkes Bild) und in der Abteilung Klinikbereich Werk 3a, Würselen (rechtes Bild).

Simone ist stolz auf ihre Arbeit: "Ich rette Leben", sagt sie und strahlt. Die 23-Jährige ist geistig behindert. Sie arbeitet seit zwei Jahren in der Werkstatt der Caritas Behindertenwerk GmbH in Eschweiler. In dem Bereich Medizinprodukte reinigt und sterilisiert sie Einwegoperationsinstrumente. Aber auch bereits verwendete Operationsbestecke von niedergelassenen Arztpraxen und aus einem Krankenhaus werden hier mit großer Sorgfalt zur Wiederverwendung unter fachlicher Aufsicht aufbereitet. Simone und ihre 20 Kollegen mit Behinderung arbeiten in zwei Schichten in dem sogenannten Reinraum. Im Reinraum wird penibel auf die strengen Hygienevorschriften geachtet. Für Simone ist die Arbeit wichtig. Sie fühlt sich hier wohl. Es gibt ihr das Gefühl, wertvoll zu sein.

Bei der Caritas Behindertenwerk GmbH in der StädteRegion Aachen sind rund 1.100 Menschen mit Behinderung beschäftigt. Wir bieten den Menschen, unabhängig vom Alter und Grad ihrer Behinderung, Perspektiven, ihre individuellen Fähigkeiten in professionellen Arbeitsprozessen zu entdecken, zu entwickeln und auszuschöpfen. Unser Ziel ist es, Menschen mit Behinderung eine Beschäftigung in einem Arbeitsbereich der Werkstatt oder auf dem "ersten" Arbeitsmarkt zu schaffen. Um dieses Ziel zu erreichen, verfügt unsere Werkstatt an sechs Standorten in der StädteRegion Aachen über adäquate Arbeitsplätze in verschiedenen Bereichen.

DIES SIND IM EINZELNEN:

- METALL- UND KUNSTSTOFFVERARBEITUNG
- AUTOMOBILINDUSTRIE UND FLUGZEUGTECHNIK
- MONTAGE UND VERPACKUNG
- MEDIZINPRODUKTE UND ZENTRALSTERILISATION (ZVSA)
- HOLZVERARBEITUNG
- GARTENBAU UND LANDSCHAFTSPFLEGE
- WÄSCHEREI-SERVICE
- DRUCKEREI
- LOGISTIK UND DIRECT SUPPLY

Wir übernehmen Tätigkeiten für die Industrie und den Handel. Um unseren gesetzlichen Betreuungsauftrag zu erfüllen, sind wir stets auf der Suche nach neuen Partnern. In den letzten Jahren entwickelten wir uns zu einem respektablen Wirtschaftsunternehmen. Mittlerweile sind wir weltweit tätig. In der Werkstatt bilden hauptamtliche Mitarbeiter ohne Behinderung den wichtigen Stützpfeiler, wenn es um komplexe, anspruchsvolle Tätigkeiten geht. Unsere Mitarbeiter mit Behinderung übernehmen je nach Grad der Beeinträchtigung leichtere oder schwierige Arbeiten. Wir montieren unter anderem Kopfstützen für Flugzeugsitze, produzieren Tankdeckel für die Autoindustrie, schreinern Einwegpaletten, Transportkisten oder Verschläge für den Transport von Gütern, stellen Operationssets für Kliniken und Erstversorger zusammen, verpacken Spritzen und OP-Handtücher und montieren und prüfen Herzkatheter. Darüber hinaus erbringen wir Dienstleistungen im Bereich des Gartenbaus, wie die Pflege von Beeten und Rasenflächen. Auf Wunsch bietet das Gartenteam die komplette Neu- und Umgestaltung von Garten- und Teichanlagen an. In den Wäschereien werden Bett- und Tischwäsche für Altenheime, Bildungshäuser, Hotels und Restaurants gewaschen und gebügelt. Bei allen Tätigkeiten ist makellose Qualität und höchste Sorgfalt garantiert.

Für die Betreuung und Unterstützung der Menschen mit Behinderung sind ca. 250 Mitarbeiter in der Caritas Behindertenwerk GmbH zuständig. Die hauptamtlichen Mitarbeiter verfügen über eine qualifizierte Ausbildung in einem anerkannten Ausbildungsberuf, eine sonderpädagogische Zusatzausbildung und ein großes Einfühlungsvermögen im Umgang mit den Menschen mit Behinderung. Diese anspruchsvolle Tätigkeit wird neben der leistungsgerechten Vergütung auch durch die zusätzliche betriebliche Altersversorgung durch die KZVK honoriert. Es ist uns wichtig, dass unsere Mitarbeiter im Alter eine auskömmliche zusätzliche Rente erhalten. Zusammen mit der KZVK bieten wir speziell für neue Mitarbeiter Informationsveranstaltungen über die Bedeutung der betrieblichen Altersversorgung an. Darüber hinaus erfolgen vor Ort regelmäßig Einzelberatungen zu Fragen rund um die Zusatzversorgung. Die enge kollegiale Zusammenarbeit mit der KZVK können wir an dieser Stelle nur begrüßen.

In der Werkstatt wird aber nicht nur gearbeitet. Es gibt hier verschiedene Sportangebote, Sommer- und Grillfeste, Karnevalsfeiern und regelmäßige Gottesdienste, aber auch spezielle Angebote für Menschen mit besonderem Förderungsbedarf.

Weitere Informationen über die Caritas Behindertenwerk GmbH in der StädteRegion Aachen erhalten Sie unter www.cbw-gmbh.de. Persönlich erreichen Sie uns unter Telefon: 02403 790711.

Caritas Behindertenwerk GmbH für die StädteRegion Aachen

Dipl.-Ing. Michael Doersch
Geschäftsführer

Was uns wichtig ist

Ethische Geldanlage

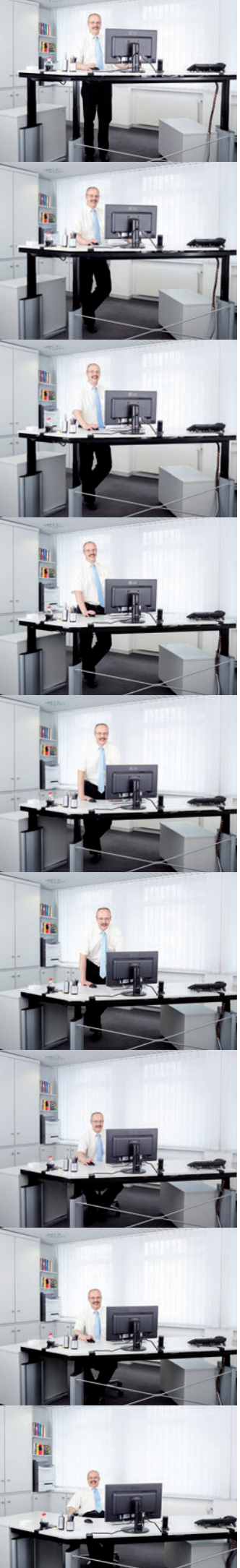
In den Richtlinien zur Anlage ihres Vermögens hat die KZVK festgeschrieben, dass die Kapitalanlage unter Wahrung ihres Charakters als kirchliche Einrichtung erfolgt.

Neben den klassischen Zielen der Kapitalanlage, insbesondere der Sicherheit und Rentabilität des Vermögens sowie der Gewährleistung der jederzeitigen Zahlungsfähigkeit sehen wir uns als kirchlicher Investor in der Verantwortung, ethische Aspekte gleichberechtigt zu den drei anderen Zielen in unserer Anlagepolitik zu berücksichtigen. Dadurch soll die Anlage von Geldern in Geschäftsfelder oder -praktiken vermieden werden, die im Widerspruch zur Soziallehre der katholischen Kirche stehen. Neueste Erkenntnisse zeigen zudem, dass die Berücksichtigung ethisch-nachhaltiger Ansätze auch der von der Kasse verfolgten Risikoorientierung der Kapitalanlage dient.

Der Vorstand und der Verwaltungsrat haben sich in einer Arbeitsgruppe gemeinsam auf den Weg gemacht, ethische Leitlinien für die Kapitalanlage zu entwickeln. Die Arbeitsgruppe ist überzeugt, dass es nicht nur einen wirksamen Durchführungsweg gibt, sondern dass das Zusammenspiel verschiedener Maßnahmen zu einer erfolgreichen ethisch-nachhaltig geprägten Anlagepolitik führt. Deshalb verfolgt diese Arbeitsgruppe einen zweifachen Ansatz: Zum einen setzt sie sich mit den Inhalten der Soziallehre der Kirche auseinander, um die Gebote, Verbote aber auch die zu fördernden ethischen Prinzipien herauszuarbeiten. Zum anderen werden an konkreten Beispielen durch praktische Anwendung erste Erfahrungen mit der Umsetzung und eventuell dabei auftretender Fragen gesammelt.

So wurden gemeinsam eine Vielzahl an Instrumenten geprüft und verschiedene Durchführungswege als Projekte gestartet. Teilweise sind diese bereits implementiert, wie die auf mehreren Kriterien basierende Länderliste zur Auswahl von Staatsanleihen. Die Kasse kann beispielsweise nicht in Anleihen von Ländern investieren, die nicht Mindestanforderungen an die Einhaltung der Menschenrechte, der Demokratie, des freien Handels oder des sozialen Fortschritts erfüllen. Für die Überwachung der Anforderungen wird dabei auf frei zugängliche Daten von anerkannten Institutionen zurückgegriffen. Die Ausschlusskriterien für Unternehmen befinden sich derzeit noch in der Erprobung hinsichtlich ihrer praktischen Anwendbarkeit und Wirksamkeit. Investitionen in Unternehmen, die die Kriterien zum Schutz des Lebens, der Menschenwürde, der Umwelt sowie von Tier- und Pflanzenarten nicht einhalten, sollen unterlassen werden. Dies gilt ebenso für die Rüstungsindustrie. Zur Bewertung und Überprüfung der Einhaltung dieser Ausschlusskriterien bedienen wir uns erfahrener Rating-Agenturen, die das investierbare Anlageuniversum ermitteln.

Die Arbeit an den ethischen Leitlinien der KZVK ist ein kontinuierlicher Prozess, bei dem allen Beteiligten bewusst geworden ist, dass die Welt nicht schwarz-weiß ist. Gleichwohl sollen in der Umsetzung noch weitere Schritte folgen.



Die Gesundheit unserer Mitarbeiter

Die Beschäftigten der KZVK leisten mit ihrer Arbeit einen ganz wesentlichen Beitrag zu den guten Ergebnissen der Kasse. Mit ihrem Engagement für die Belange der KZVK sind sie unentbehrliche Partner – ganz unabhängig von ihrer Position.

Weil uns dieser partnerschaftliche Umgang wichtig ist, tun wir viel dafür, um die Gesundheit unserer Mitarbeiter zu fördern, zu erhalten und unter Umständen wiederherzustellen. Davon profitieren auch Sie, unsere Beteiligten und Versicherten. Denn die Leistungen, die Ihnen zugute kommen, hängen nicht zuletzt von einer stabilen Gesundheit unserer Belegschaft ab. Aus diesem Grund hat die Kasse ihre Anstrengungen im Bereich des Gesundheitsmanagements in den letzten Jahren stetig erhöht.

Die Arbeitsplätze der KZVK-Beschäftigten entsprechen hohen ergonomischen Anforderungen. Qualitativ hochwertige Stühle, stets aktuell große Bildschirme sowie höhenverstellbare Schreibtische sorgen für ein gesundes Arbeitsumfeld. Durch regelmäßige Arbeitsplatzbegehungen vergewissern wir uns, dass die ergonomischen Anforderungen eingehalten werden.

Gemeinsam mit verschiedenen Krankenkassen veranstalten wir Gesundheitstage, die über die ergonomische Gestaltung des Arbeitsplatzes und des Arbeitsumfeldes informieren. Zusätzlich können unsere Beschäftigten einfache Vorsorgeuntersuchungen in Anspruch nehmen – zum Beispiel Messungen des Blutzucker- und Cholesterinspiegels sowie des Blutdrucks. Und sie können Tipps zur gesunden Ernährung am Arbeitsplatz abrufen.

In Zusammenarbeit mit externen Dienstleistern bietet die Kasse in ihren Räumen Rückenschulen und Massagen an. Jedes Jahr im Herbst findet für die Mitarbeiter eine Grippeschutzimpfung durch den Betriebsarzt statt. Zudem organisiert die Kasse Fahrsicherheitstrainings für ihre Beschäftigten.

Seit dem Frühjahr 2011 arbeitet die Kasse mit einem Dienstleister zusammen, der auf externe Mitarbeiterberatung spezialisiert ist. Er bietet den Beschäftigten der Kasse eine kostenlose qualifizierte Beratung bei beruflichen, gesundheitlichen oder persönlichen Fragen. Dieses Angebot wird von unseren Mitarbeitern gerne in Anspruch genommen, wie die vom Dienstleister rückgemeldeten anonymisierten Zahlen belegen.

Seit dem Jahr 2007 besteht eine Dienstvereinbarung über das "Betriebliche Eingliederungsmanagement" gemäß § 84 Abs. 2 SGB IX. Wenn ein Beschäftigter in einem Zeitraum von 12 Monaten krankheitsbedingt länger als 6 Wochen ausfällt, besprechen wir gemeinsam mit dem Mitarbeiter die Ursachen der Ausfallzeiten. Falls betriebliche Gründe hierfür eine Rolle spielen, ist es unser Ziel, die Ursachen möglichst schnell zu mildern oder zu beheben.

02 LAGEBERICHT

Aufgabe

Die Dienstgeber des kirchlichen und kirchlich-caritativen Dienstes im Bereich der Diözesen der Bundesrepublik Deutschland sagen ihren Beschäftigten eine betriebliche Alters-, Invaliditäts- und Hinterbliebenenversorgung zu. Die Kirchliche Zusatzversorgungskasse des Verbandes der Diözesen Deutschlands hat die Aufgabe, für die Dienstgeber des kirchlichen und caritativen Dienstes die betriebliche Altersversorgung nach Maßgabe der Satzung der Kasse durchzuführen.

Diese betriebliche Altersversorgung sieht neben der vom Dienstgeber finanzierten Pflichtversicherung der Beschäftigten ergänzend auch den Abschluss einer freiwilligen Versicherung vor. Damit steht den Beschäftigten die Möglichkeit offen, zusätzlich zur Pflichtversicherung eine betriebliche Altersversorgung im Wege einer Bruttoentgeltumwandlung oder unter Nutzung der sogenannten Riester-Förderung durchzuführen.

Rechtliche Grundlagen

Die Kirchliche Zusatzversorgungskasse des Verbandes der Diözesen Deutschlands wurde durch Beschluss der Vollversammlung des Verbandes der Diözesen Deutschlands am 30. August 1976 als rechtlich selbstständige kirchliche Einrichtung mit Sitz in Köln errichtet. Zugleich erhielt die Kasse durch Gesetz des Landes Nordrhein-Westfalen vom 15. Juli 1976 den Status einer rechtsfähigen Anstalt des öffentlichen Rechts.

Die Kasse ist von der staatlichen Versicherungsaufsicht freigestellt (BGBl. 1988 I S. 529). Die Rechts- und Fachaufsicht führt der Verband der Diözesen Deutschlands durch. Neben dieser Aufsicht besteht eine Körperschaftsaufsicht durch die Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen.

Die Kirchliche Zusatzversorgungskasse ist Mitglied der Arbeitsgemeinschaft kommunale und kirchliche Altersversorgung (AKA) e. V.

Aufgrund des Errichtungsbeschlusses und -gesetzes entspricht das Leistungsrecht der Kasse in der Pflichtversicherung im Wesentlichen der jeweils geltenden Mustersatzung der AKA, die wiederum das Versorgungstarifrecht des öffentlichen Dienstes (ATV-K) übernimmt. Durch den genannten Tarifvertrag wurde mit Wirkung zum 1. Januar 2002 das neue Betriebsrentensystem in Form des Punktemodells festgelegt, das frühere Gesamtversorgungssystem geschlossen und die Besitzstände jeweils für die rentenfernen und rentennahen Jahrgänge unterschiedlich konzipiert und als Startgutschriften in die Pflichtversicherung nach dem Punktemodell überführt. Gleichzeitig wurde die Grundlage für eine freiwillige Versicherung auf Basis des Punktemodells geschaffen.

Sowohl die Arbeitsvertragsrichtlinien der Caritas als auch die Arbeitsvertragsordnungen der meisten Bistümer verweisen hinsichtlich der Ausgestaltung der Versorgung auf die Satzung der Kasse.

Die Satzung wurde im Berichtsjahr nicht geändert. Allerdings zeichnet sich, ausgelöst durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs zur Gegenwertforderung der VBL (Urteil vom 10. Oktober 2012 – IV ZR 10/11) ab, dass die AKA-Kassen ihre Regelung zum Ausgleich der, nach dem Ausscheiden aus dem Beteiligungsverhältnis, bei ihnen verbleibenden Lasten (Ausgleichsbetrag) ebenfalls neu gestalten müssen.

Der Bundesgerichtshof hat mit Entscheidung vom 5. Dezember 2012 der Kasse das grundsätzliche Recht zugesprochen, ein Sanierungsgeld zu erheben, hat aber gleichzeitig den im Jahr 2002 gefassten Beschluss zur Festlegung des Sanierungsgeldhebesatzes beanstandet. Die im Zuge der Systemumstellung geschaffene Regelung zum Beitragszuschuss Ost wurde in ihrer Ausgangsfassung als unwirksam eingestuft. Die derzeit aktuellen Regelungen/Beschlüsse sind noch im Stadium der gerichtlichen Überprüfung.

Mit der VBL besteht ein Abkommen zur gegenseitigen Anerkennung von Versicherungszeiten in Bezug auf die Wartezeiterfüllung (Überleitungsabkommen). Im Verhältnis zu den in der AKA zusammengeschlossenen Kassen ist die KZVK dem dort geltenden "Überleitungsstatut" wieder beigetreten. Hierdurch ist bei einem Arbeitsplatzwechsel die Einzelüberleitung des Versicherungsverhältnisses auf Initiative des einzelnen Versicherten möglich. Eine Überleitung bei einem Wechsel von Arbeitnehmergruppen ist hingegen nicht möglich.

Branchenspezifische Rahmenbedingungen

Auch im Berichtsjahr haben sich in den Bistümern die Konsolidierungsmaßnahmen fortgesetzt, die zu Konzentrationen im Bereich der Verwaltung geführt haben. Kirchengemeinden und ihre Einrichtungen wie insbesondere Kindergärten wurden zu größeren Einheiten zusammengeführt.

Die wirtschaftliche Lage der deutschen Krankenhäuser hat sich weiterhin verschlechtert. Waren im Jahr 2010 noch 10 % der Krankenhäuser insolvenzgefährdet, sind es nach dem "Krankenhaus Rating Report 2012" mittlerweile 15 % (Rheinisch-Westfälisches Institut für Wirtschaftsförderung, Krankenhaus Rating Report 2012, Pressemitteilung vom 14. Juni 2012). Nur die Hälfte der Kliniken erwirtschaften nach dem Report ausreichend hohe Erträge, um ihre Unternehmenssubstanz zu erhalten. Die Autoren des Reports rechnen damit, dass die Kosten langfristig stärker steigen werden als die Erlöse. Um wirtschaftlich erfolgreicher arbeiten zu können, schließen sich deshalb auch im kirchlich-caritativen Bereich immer mehr Krankenhäuser zusammen.

Kapitalmarktentwicklung

Die Schuldenkrise und schwache wirtschaftliche Entwicklung in den Ländern der Eurozone haben auch das Jahr 2012 geprägt. Trotz der expansiven Geldpolitik der Notenbanken und neuen Zinstiefs ist eine durchgreifende Erholung der Weltwirtschaft ausgeblieben. Im Gegenteil, als Ausfluss der durch die europäische Staatsschuldenkrise erzwungenen Sparmaßnahmen in vielen europäischen "Peripherieländern" haben sich hier die rezessiven Tendenzen eher verstärkt. In den Vereinigten Staaten fiel die Wachstumsrate etwas höher aus als im Vorjahr, jedoch belasteten die gesamtwirtschaftlichen Probleme und die mit den Sparnotwendigkeiten einhergehenden Änderungen im öffentlichen Haushalt aufgrund der Schuldenbremse ("Fiscal Cliff") das US-amerikanische Wirtschaftswachstum.

Im Gegensatz zu 2011 haben die Notenbanken mit weiteren geldpolitischen Lockerungen proaktiv einer Verschlechterung des Wirtschaftsklimas entgegengewirkt. Vor dem Hintergrund der Turbulenzen auf den Staatsanleihemärkten der Peripheriestaaten, die sich als Folge der schwindenden Akzeptanz der Bevölkerung über die geplanten sozialen Einschnitte in diesen Ländern ergaben, war insbesondere die Europäische Zentralbank gefordert. Sie stützte mit der klaren Ansage, "alles zu tun, um den Euro zu erhalten", das Vertrauen der Finanzmärkte.

Auf eine turbulente erste Jahreshälfte folgte ein ruhigeres zweites Halbjahr, in dem das Investieren in risikobehaftete Anlageklassen belohnt wurde. Insbesondere die großen Aktienindizes profitierten von der expansiven Geldpolitik der Notenbanken und erzielten zweistellige Wertzuwächse. Auch die Rentenmärkte wiesen eine positive Performance auf. Der REXP® stieg beispielsweise um 4,6 %, mit der Kehrseite von neuen Zinstiefs. Zehnjährige Bundesanleihen rentierten im Juli 2012 zeitweise unter 1,13 %. In vielen Ländern, unter anderem auch in Deutschland, flossen Anlagegelder in die Immobilienmärkte, um Schutz vor inflationären Gefahren zu suchen.

Der Spielraum der Industriestaaten ist durch die hohe Verschuldung nach wie vor stark eingeschränkt. Deshalb werden die Notenbanken in Europa und den USA weiterhin die Finanzmärkte durch eine anhaltende Niedrigzinspolitik unterstützen, um die notwendigen Reformen und Anpassungsprozesse durchzuführen. Dies stellt zusammen mit den stark zurückgegangenen Risikoaufschlägen die Lebensversicherungen und Pensionskassen vor große Herausforderungen in der Neuanlage von Mitteln.

Geschäftsverlauf

Die Anzahl der Beteiligten und Abrechnungsstellen ist seit einigen Jahren rückläufig. Die fortschreitende Abnahme macht sich am deutlichsten im Bereich der öffentlich-rechtlichen Einrichtungen bemerkbar und ist im Wesentlichen auf die anhaltenden Konsolidierungsmaßnahmen sowie die Verwaltungskonzentration in den Bistümern durch die Zusammenlegung von Kirchengemeinden und deren Abrechnungsstellen zurückzuführen. Der Rückgang der Rechtsträger und Abrechnungsstellen ist im abgelaufenen Geschäftsjahr jedoch geringer als im Vorjahr ausgefallen.

Auf das Geschäftsvolumen der Kasse hat dieser Konzentrationsprozess keine Auswirkungen, da die Anzahl der Pflichtversicherten und Pflichtversicherungsverhältnisse trotz gegenteilig kommunizierter Erwartungshaltungen und Einschätzungen zur Zukunft des katholisch-kirchlichen Bereiches unverändert zunimmt. Dieses Wachstum lässt sich mit Ausnahme der Kirchengemeinden bei allen anderen Einrichtungsarten beobachten. Die Anzahl der Versicherten bei partiell beteiligten Rechtsträgern nimmt ebenfalls zu. Es handelt sich nach wie vor um Einzelfälle. Der Anteil der betroffenen Pflichtversicherungsverhältnisse am Gesamtbestand bewegt sich unverändert im Promillebereich.

Durch Arbeitsplatzwechsel einzelner Arbeitnehmer von oder zu anderen Arbeitgebern, die bei verschiedenen Zusatzversorgungskassen beteiligt sind, kommt es zu Übertragungen von Versicherungsverhältnissen auf Basis der Überleitungsvereinbarungen der Kassen. Dies führt zu Zugängen und zu Abgängen im Bestand.

Nach einem starken Wachstum in den ersten Jahren nach der Systemumstellung auf das Punktemodell und der Einführung der freiwilligen Versicherung verändert sich die Anzahl der Verträge der freiwilligen Versicherung mit laufenden Beitragszahlungen seit drei Jahren nur noch wenig. Der Neuzugang ersetzt im Wesentlichen die Abgänge durch Rentenfälle und Beitragsfreistellungen.

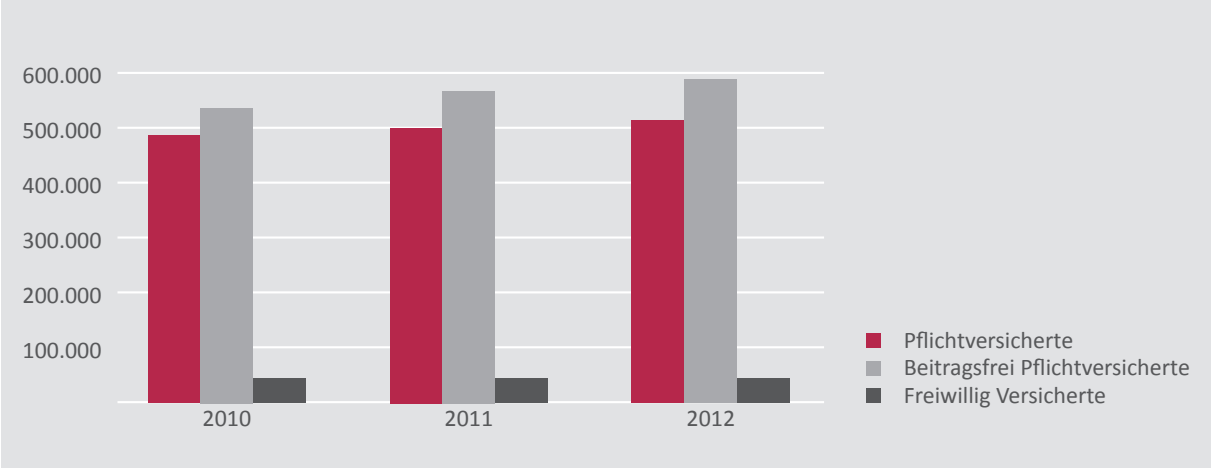
Versicherte und Beteiligte

	2012	Veränderung %	2011	Veränderung %	2010
Pflichtversicherte	506.586	2,0	496.499	2,7	483.527
Pflichtversicherungsverhältnisse	511.955	2,0	501.767	2,7	488.529
Beitragsfrei Pflichtversicherte	585.051	4,6	559.468	4,7	534.240
Freiwillig Versicherte	39.186	-0,3	39.294	0,2	39.209
Freiwillige Versicherungsverträge	40.447	-0,3	40.565	0,2	40.499
Beitragsfrei freiwillig Versicherte	9.586	15,1	8.326	18,8	7.008
Anzahl beteiligter Rechtsträger	7.923	-2,2	8.105	-7,2	8.735
davon partiell Beteiligte	125	17,9	106	10,4	96
Anzahl der Abrechnungsstellen	16.214	-1,4	16.448	-3,9	17.113

Die Anzahl der Pflichtversicherungsverhältnisse ist prozentual um 2,0 % (Vorjahr 2,7 %) und absolut um 10.188 (Vorjahr 13.238) und damit weniger stark gestiegen als im Vorjahr. Der Zuwachs der beitragsfrei Pflichtversicherten liegt mit 4,6 % (Vorjahr 4,7 %) auf dem Niveau des Vorjahres.

Bei der Anzahl der freiwillig Versicherten und ihrer Versicherungsverträge, zu denen laufend Beiträge gezahlt werden, gibt es im Saldo nur geringe Veränderungen. Die Anzahl der beitragsfrei freiwillig Versicherten nimmt nach wie vor deutlich zu, was bei einem im Aufbau befindlichen Versichertenbestand nicht ungewöhnlich ist.

Anzahl der Versicherten in der Entwicklung von 2010 bis 2012:

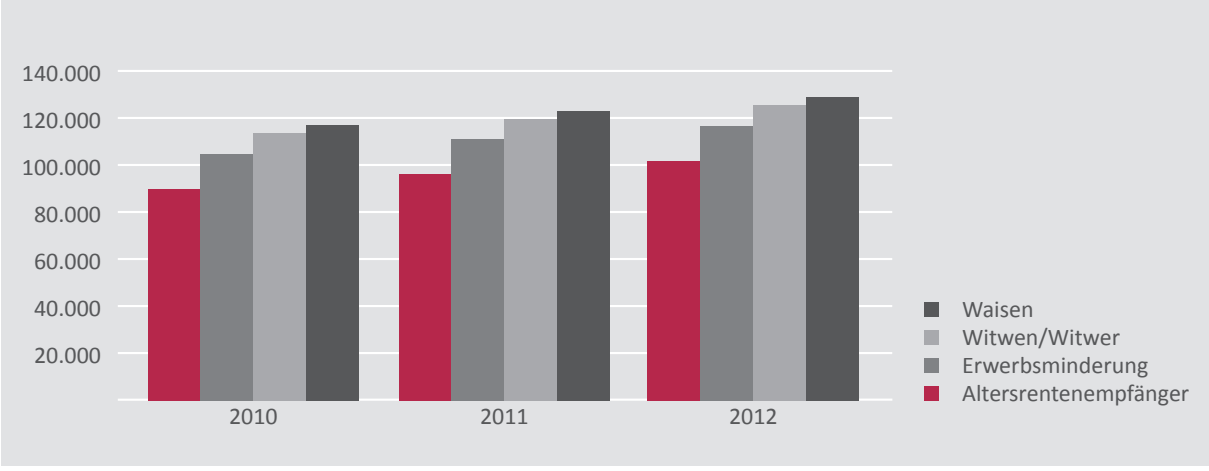


Rentenempfänger

Die Anzahl der Rentenempfänger steigt kontinuierlich an, da es unverändert deutlich mehr Zugänge an neuen Rentnern als Abgänge auf Grund des Versterbens von Rentnern gibt. Dies liegt in erster Linie daran, dass die Kasse erst 1976 gegründet wurde und die Anzahl der Anwärter in den jeweiligen Geburtsjahrgängen, die Jahr für Jahr zu Rentnern werden, noch bis zum stärksten Geburtsjahrgang der Bundesrepublik Deutschland (1964) ansteigt.

Die Entwicklung der letzten drei Jahre ist in der folgenden Tabellen und Grafik dargestellt.

	2012	Veränderung %	2011	Veränderung %	2010
Gesamtzahl der Rentenempfänger	131.804	4,4	126.224	4,8	120.488
davon Altersrentenempfänger	104.884	4,3	100.608	4,8	96.002
davon wegen Erwerbsminderung	15.612	4,8	14.898	3,9	14.333
davon Witwen und Witwer	9.827	6,1	9.263	6,3	8.713
davon Waisen	1.481	1,8	1.455	1,0	1.440
Durchschnittliche Monatsrente	280	-0,4	281	-0,6	283
für Rentenbezieher	300	-0,3	301	-0,5	302
für Erwerbsminderungsrenten	226	-1,5	229	-2,3	234
für Witwen und Witwer	186	0,0	186	-0,2	186
für Waisen	32	1,1	31	-0,8	32



Bei insgesamt weiter steigenden Rentnerzahlen sinken die durchschnittlichen monatlichen Renten wie auch bei anderen Zusatzversorgungskassen leicht.

Vermögens-, Finanz- und Ertragslage

Vermögenslage

	2012 T€	2011 T€	Veränderung T€	%
Immaterielle Vermögensgegenstände	3.903	2.893	1.010	34,9
Kapitalanlagen	15.062.558	14.268.438	794.120	5,6
Forderungen	29.696	24.833	4.863	19,6
Sonstige Vermögensgegenstände	135.412	61.633	73.780	>100
Rechnungsabgrenzungsposten	172.650	167.797	4.853	2,9
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Ausgleichsposten)	720.987	1.042.039	-321.052	-30,8
Summe Aktiva	**16.125.206**	**15.567.633**	**557.573**	**3,6**

Im Geschäftsjahr wurde das Sanierungsgeld in Höhe von T€ 147.854 (Vorjahr T€ 145.320) erfolgsneutral gegen den Ausgleichsposten verrechnet. Insgesamt ist im abgelaufenen Geschäftsjahr 2012 ein Überschuss in Höhe von T€ 172.589 (Vorjahr Fehlbetrag in Höhe von T€ 114.992) entstanden, der gegen den Ausgleichsposten gebucht wurde und diesen zusammen mit dem Sanierungsgeld auf T€ 720.987 (Vorjahr T€ 1.042.039) verringert.

Die Kapitalanlagen erhöhten sich durch Beitragseinnahmen und Kapitalerträge um 5,6 % (Vorjahr 6,6 %). Sie setzen sich wie folgt zusammen:

	2012 T€	2011 T€	Veränderung T€	%
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten	338.222	349.856	-11.634	-3,3
Beteiligungen	279.221	258.716	20.505	7,9
Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.854.158	4.595.759	258.398	5,6
Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.215.928	697.639	518.289	74,3
Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	230	268	-39	-14,2
Namensschuldverschreibungen	2.646.415	2.289.829	356.586	15,6
Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.907.263	5.075.929	-168.666	-3,3
Übrige Ausleihungen	1.979	2.130	-152	-7,1
Einlagen bei Kreditinstituten	738.703	857.673	-118.970	-13,9
Andere Kapitalanlagen	80.440	140.638	-60.198	-42,8
Gesamt	**15.062.558**	**14.268.438**	**794.120**	**5,6**

Die risikoorientierte Umstrukturierung der Kapitalanlage wurde im Berichtsjahr konsequent weiterverfolgt. Der Fokus lag dabei auf einer weiteren Diversifikation und Internationalisierung der Anlageklassen. Zu diesem Zweck wurden weitere zwei Zielfonds Hochzinsanleihen EUR und Hochzinsanleihen USD aufgelegt.

Die Zuflüsse und Erlöse aus endfälligen Wertpapieren wurden überwiegend in langfristige Papiere erstklassiger Kreditqualität investiert mit dem Ziel, das Laufzeitenprofil mit den zukünftigen Auszahlungsanforderungen in Einklang zu bringen. Die Neuerwerbe verteilten sich auf Beteiligungen (T€ 24.605), Investmentanteile (T€ 375.249), Inhaberschuldverschreibungen (T€ 648.606), Namensschuldverschreibungen (T€ 430.000) und Schuldscheinforderungen (T€ 20.000).

Direkte Kapitalmarktinvestitionen in den PIIGS-Staaten bestanden in den Ländern Irland (T€ 49.680) und Spanien (T€ 353.684).

Buchwerte	2012 T€	2011 T€
Staatsanleihen	99.680	99.680
Anleihen der Bundesländer und Regionen	176.934	176.934
Anleihen der Sparkassen und Banken	117.084	117.084
Unternehmensanleihen	9.666	9.666
Gesamt	**403.364**	**403.364**

In den Spezialfonds in der Master-KAG befinden sich im Berichtsjahr keine Staatsanleihen der PIIGS-Staaten:

Zeitwerte	2012 T€	2011 T€
Staatsanleihen	0	0
Anleihen der Bundesländer und Regionen	0	0
Anleihen der Sparkassen und Banken	0	0
Unternehmensanleihen	93.791	56.094
Gesamt	**93.791**	**56.094**

Die KZVK hatte im Berichtsjahr weder im Direktbestand noch in den Spezialfonds Anleihen der Republik Zypern.

Finanzlage

	2012 T€	2011 T€	Veränderung T€	%
Versicherungstechnische Rückstellungen	16.031.454	15.517.355	514.099	3,3
Andere Rückstellungen	74.954	38.383	36.571	95,3
Verbindlichkeiten aus dem Versorgungsgeschäft	6.867	5.370	1.497	27,9
Sonstige Verbindlichkeiten	11.811	6.271	5.540	88,3
Rechnungsabgrenzungsposten	120	254	-134	-52,8
Summe Passiva	**16.125.206**	**15.567.633**	**557.573**	**3,6**

Die Erhöhung der versicherungstechnischen Rückstellungen um 3,3 % (Vorjahr 5,8 %) resultiert im Wesentlichen aus der Zunahme der Deckungsrückstellung. Die in den letzten Geschäftsjahren durchgeführte sukzessive Stärkung der Deckungsrückstellung zur Absicherung der biometrischen Risiken ist abgeschlossen. Damit wurde der weiter steigenden Lebenserwartung und der deutlich niedrigeren Eintrittswahrscheinlichkeit vorzeitiger Versorgungsfälle (Erwerbsminderungsrenten) Rechnung getragen. Aufgrund der aktuellen Rechtsprechung zum Sanierungsgeld und zum Ausgleichsbetrag wurden die Werte für die Zurechnungszeiten jetzt vollständig dem Abrechnungsverband P (anstatt bisher Abrechnungsverbände S und P) zugeordnet und die Anrechte der beitragsfrei Versicherten ohne erfüllte Wartezeiten auf Grundlage der Auswertung von Reaktivierungsfällen der vergangenen Jahre mit einem Wert von 25 % (vorher pauschaler Ansatz mit einem Wert von 75 %) in Ansatz gebracht. Daraus ergab sich im Abrechnungsverband S insgesamt eine teilweise Auflösung der Deckungsrückstellung in Höhe von T€ 282.640. Im Abrechnungsverband P ergaben sich gegenläufige, nahezu ergebnisneutrale Effekte, da einerseits eine erhöhte Zuführung wegen der vollständigen Zuordnung der Zurechnungszeiten zum Abrechnungsverband P und gleichzeitig eine Teilauflösung aufgrund der Herabsetzung des Anrechnungswertes für beitragsfrei Versicherte ohne erfüllte Wartezeiten vorgenommen wurde. Insgesamt fiel daher die Erhöhung der Deckungsrückstellung in Höhe von T€ 514.099 deutlich geringer aus.

Der (Kapitalanlagen-)Deckungsgrad hat sich im abgelaufenen Geschäftsjahr auf 94,0 % (Vorjahr 92,0 %) erhöht und bestätigt damit den Trend der letzten drei Jahre.

Ertragslage

	2012 T€	2011 T€	Veränderung T€	%
Beiträge und sonstige satzungsmäßige Einnahmen	665.157	641.496	23.660	3,7
Erträge aus Kapitalanlagen, davon	588.998	606.682	-17.684	-2,9
Erträge aus Grundstücken	21.187	23.955	-2.768	-11,6
Zinsen und ähnliche Erträge	537.474	542.087	-4.613	-0,9
Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen	19.438	35.628	-16.189	-45,4
Erträge aus Beteiligungen	10.899	5.013	5.886	>100
Erträge aus Verminderung der Deckungsrückstellung	282.640	0	282.640	>100
Übrige Erträge	129	192	-63	-32,8
Summe der versicherungstechnischen Erträge	1.536.924	1.248.370	288.553	23,1
Aufwendungen für Versicherungsfälle	450.364	427.092	23.272	5,5
Aufwendungen aus der Erhöhung der Deckungsrückstellung	796.467	856.336	-59.869	-7,0
Aufwendungen für Kapitalanlagen	16.685	20.471	-3.786	-18,5
Übrige Aufwendungen*	74.459	60.882	13.577	22,3
Summe der versicherungstechnischen Aufwendungen*	1.337.976	1.365.787	-26.805	-2,0
Versicherungstechnisches Ergebnis*	198.948	-116.410	315.358	<-100
Saldo der übrigen sonstigen Erträge und Aufwendungen*	641	2.218	-1.577	-71,1
Ergebnis der normalen Geschäftstätigkeit	199.589	-114.192	313.781	<-100
Saldo der außerordentlichen Erträge und Aufwendungen	-27.000	0	-27.000	<-100
Veränderung des Ausgleichspostens	-172.589	114.192	286.780	<-100
Bilanzergebnis	**0**	**0**	**0**	**0,0**

*Umgliederung der Zinszuführungen zu RST in 2012, Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst.

Im Berichtsjahr erfolgte die endgültige Angleichung des Beitragssatzes Ost an den Beitragssatz des Tarifgebietes West in Höhe von 4,4 % (Vorjahr 4,4 % West, 4,1 % Ost), so dass zukünftig den Beteiligten keine Beitragszuschüsse Ost mehr in Rechnung gestellt werden. Die Beiträge und sonstigen satzungsmäßigen Einnahmen sind um T€ 23.660 (Vorjahr T€ 87.245) gestiegen, was insbesondere auf die Anhebung des Beitragssatzes im Tarifgebiet Ost zurückzuführen ist.

Aufgrund der steigenden Anzahl von Rentenempfängern (4,4 %) sind die Aufwendungen für Versicherungsfälle um 5,5 % (Vorjahr 4,1 %) gestiegen. Die Aufwendungen aus der Erhöhung der Deckungsrückstellung sind im Vergleich zum Vorjahr aufgrund der geänderten Berechnungsgrundlagen in Bezug auf die Berücksichtigung der Zurechnungszeiten im Abrechnungsverband P (vorher in Abrechnungsverband S und P) sowie der veränderten Berechnung bei den beitragsfrei Versicherten ohne erfüllte Wartezeiten um 7,0 % gesunken.

Die Erträge aus Kapitalanlagen verringerten sich um 2,9 % (Vorjahr 3,7 %). Dies resultiert überwiegend aus dem Rückgang des Zinsniveaus und damit niedrigerer laufender Zinserträge auf die Kapitalanlagen sowie aus den gegenüber dem Vorjahr niedrigeren Fondsausschüttungen in Höhe von T€ 172.091 (Vorjahr T€ 177.043) und den deutlich geringeren Erträgen aus dem Abgang von Kapitalanlagen in Höhe von T€ 19.438 (Vorjahr T€ 35.628), die sich aufgrund einer gesunkenen Anzahl von Verkäufen ergaben. Außerplanmäßige Abschreibungen und Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen waren aufgrund des Kapitalmarktverlaufs und des angewendeten Niederstwertprinzips in Verbindung mit dem Wertaufholungsverbot kaum zu verzeichnen. Die planmäßigen Abschreibungen in Höhe von T€ 5.744 (Vorjahr T€ 5.909), die außerplanmäßigen Abschreibungen auf Immobilien in Höhe von T€ 3.841 (Vorjahr T€ 2.871) sowie die Instandhaltungsaufwendungen in Höhe von T€ 4.352 (Vorjahr T€ 6.126) konnten in Summe gegenüber dem Wert des Vorjahres erneut gesenkt werden, so dass sich der Trend des letzten Jahres fortsetzt und die Aufwendungen für Kapitalanlagen auf einen Wert von T€ 16.685 (Vorjahr T€ 20.471) nochmals erheblich reduziert worden sind.

Die Leerstandsquote der direkt gehaltenen Immobilien beträgt im strategischen Bestand aufgrund ausgelaufener Mietverträge und sich anschließender Umbauten 9,1 % (Vorjahr 6,8 %). Bei den Objekten, für die ein Verkauf angestrebt wird, konnte der Leerstand durch einen Verkauf auf 1,3 % (Vorjahr 1,4 %) minimal gesenkt werden. Die Mieterträge verringerten sich aufgrund eines ausgelaufenen hochdotierten Mietvertrages um ca. 10 %. Bei einzelnen Objekten, bei denen die Pacht- oder Mietverhältnisse ausgelaufen sind bzw. in Kürze enden, mussten vor dem Hintergrund des aktuellen Marktumfeldes die nachhaltig erzielbaren Mieten einzelner Standorte nach unten angepasst und infolge dessen Abschreibungen auf den niedrigeren Marktwert vorgenommen werden.

Die Nettoverzinsung wird in Anlehnung an die Definition des Gesamtverbands der Deutschen Versicherungswirtschaft e. V. (GDV) als Überschuss der Kapitalanlageerträge über die Kapitalanlageaufwendungen im Verhältnis zum durchschnittlichen Kapitalanlagebestand auf Basis des Buchwertes berechnet. Die Nettoverzinsung beträgt für den gesamten Bestand 3,9 % (Vorjahr 4,2 %).

Die Verwaltungskostenquote wird ermittelt, indem die Kosten der Funktionsbereiche Abschluss sowie Verwaltung von Versicherungsverträgen zu den Beiträgen ins Verhältnis gesetzt werden. Im Geschäftsjahr veränderte sich die Verwaltungskostenquote auf 1,7 % (Vorjahr 1,4 %), die auf eine deutliche Erhöhung der Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen zurückzuführen ist.

Im Geschäftsjahr sind der Kasse außerordentliche Aufwendungen in Höhe von T€ 27.000 (Vorjahr T€ 0) für die Bildung einer Rückstellung für Prozessrisiken entstanden.

Risikobericht

Allgemeines

Als Pensionskasse im Sinne des Betriebsrentengesetzes hat die KZVK die dauerhafte Leistungserfüllung und damit die langfristige Ausfinanzierung der bestehenden Verpflichtungen sicherzustellen. Hierzu ist es erforderlich, dass die mit der Geschäftstätigkeit verbundenen Risiken im Rahmen eines umfassenden Risikomanagementsystems rechtzeitig erkannt, bewertet, überwacht und bewältigt werden. Das Risikomanagementsystem ist aufgrund seiner Bedeutung integraler Bestandteil des Führungs- und Steuerungssystems der KZVK.

Risikomanagementziele und Risikomethoden

Die KZVK hat in den vergangenen Jahren die Risikofrüherkennungsfunktionen in den einzelnen Geschäftsbereichen in ein ganzheitliches Risikofrüherkennungssystem integriert. Das Risikofrüherkennungssystem, das kontinuierlich weiterentwickelt wird, stellt sicher, dass sowohl die bestehenden Risiken als auch zukünftige, d. h. potenzielle Risiken kontrollierbar und kalkulierbar sind. Das Risikomanagement zielt daher auf

- die Identifizierung und Quantifizierung von Risiken,
- die Ermittlung von Risikotragfähigkeit/Risikodeckungsmasse,
- die Herbeiführung von Entscheidungen zur Bewältigung von Risiken und
- die Umsetzung und Kontrolle der beschlossenen Entscheidungen.

Die konkrete Ausgestaltung der Risikomanagement- und Risikosteuerungsaktivitäten erfolgt auf der Grundlage interner Regelungen, welche die organisatorische wie auch die methodische Umsetzung des Risikomanagementprozesses beschreiben. Dabei wird eine arbeitsteilige, ressortorientierte und an den Anforderungen, die die Aufsicht an regulierte Unternehmen aus der Versicherungswirtschaft stellt, orientierte Steuerungs- und Verantwortungslogik verfolgt. Dabei liegt die zentrale Risikokontrollfunktion und übergreifende Koordination im Ressort Risikomanagement. Die besonders durch die Kapitalanlagerisiken verursachte Risikonahme vor dem Hintergrund der Risikotragfähigkeit wird monatlich überprüft. Basis für diese Kontrollfunktion sind aussagekräftige Berichte zur Kapitalanlagestruktur und Risikolage. Ferner werden umfassend vorgegebene Struktur- und Emittentenlimite geprüft und in einem eigenen Bericht dokumentiert.

Von besonderer Bedeutung ist die konsequente, sachbasierte und transparente Kommunikation. Institutionalisiert wird diese durch die einmal monatlich stattfindende Sitzung des Risikoausschusses, dem neben den Vorständen auch Mitglieder von Abteilungen der Kapitalanlage, des Risikocontrollings wie auch fallweise der versicherungsmathematischen Seite angehören. In diesem steuernden Gremium werden die erstellten Berichte vorgestellt, die Kapitalmarktsituation diskutiert und Steuerungsentscheidungen sowie geplante Maßnahmen der Kapitalanlage besprochen und verabschiedet.

Unternehmensstrategische Risiken

Das vorrangige Unternehmensziel der jederzeitigen Sicherstellung der vertraglichen und gesetzlichen Verpflichtungen soll durch ein risikoadjustiertes Verhalten in allen Teilbereichen erreicht werden. Für die Kasse besteht eine Reihe interner Vorschriften (z. B. Anlagerichtlinien), die riskante Geschäfte untersagen, unternehmensgefährdende Risiken vermindern und negative Entwicklungen rechtzeitig erkennen lassen. Die KZVK verfügt über ein umfangreiches Kontroll-, Berichts- und Meldewesen, welches eine effektive Steuerung ermöglicht. Zur Erfüllung dieser Aufgaben ist das Risikocontrolling eingerichtet worden.

Auf den Bestand nehmen die versicherungstechnischen Risiken und die finanztechnischen Risiken besonderen Einfluss. Aber auch die operationellen und rechtlichen Risiken werden nicht außer Acht gelassen.

Operationelle Risiken

Die operationellen Risiken umfassen die Risiken des laufenden Geschäftsbetriebes, die durch menschliches oder technisches Versagen oder durch externe Einflüsse und Katastrophen entstehen.

Den betrieblichen Risiken wird je nach Risikogehalt durch das Vier-Augen-Prinzip, Kontrollen, Plausibilitätsprüfungen sowie klaren Zuständigkeitsregelungen begegnet. Die Prozesse des Unternehmens werden zudem mit Unterstützung einer ausgelagerten Innenrevision zur weiteren Risikoreduzierung regelmäßig geprüft und an geänderte Anforderungen angepasst.

Gegen äußere Einflüsse schützt sich das Unternehmen unter anderem durch technische Anlagen (Brandschutz-, Einbruchmelde- sowie Zugangskontrollanlagen). Zudem sind ein hohes Sicherheitsniveau der Informationstechnologie und ihre Flexibilität bezüglich künftiger Entwicklungen erforderlich. Bei Ausfall von Hardware stehen teilweise Ersatzgeräte bereit, zusätzlich werden die Wartungsverträge mit kurzen Reaktionszeiten abgeschlossen. Zur Sicherung der IT-Verfügbarkeit werden alle elektronisch gespeicherten Daten in regelmäßigen Abständen gesichert und in Kopie ausgelagert. Die Daten und Anwendungen sind durch ein umfassendes Zugriffsberechtigungssystem geschützt und zudem durch Firewall- und Präventionssysteme, die in regelmäßigen Abständen durch externe Fachleute überprüft werden, gegen externe Angreifer abgeschirmt.

Rechtliche Risiken

Die gesetzlichen Rahmenbedingungen von Bund, Ländern und der EU sowie die Tarifverträge des öffentlichen Dienstes und die dazu ergangene Rechtsprechung können die Rahmenbedingungen für die Durchführung der betrieblichen Altersversorgung erheblich beeinflussen. Zunehmend ist eine Belastung der Zusatzversorgungskassen mit neuen Verwaltungsverfahren zugunsten der Steuerverwaltung und der gesetzlichen Sozialversicherungseinrichtungen festzustellen. Die KZVK beobachtet die Entwicklung der Gesetzgebung und Rechtsprechung kontinuierlich und systematisch. Sie setzt sich unmittelbar über die bei ihr beteiligten Dienstgeber und ihre Verbände sowie die Katholischen Büros im Meinungsbildungsprozess und in den Gesetzgebungsverfahren aktiv ein.

Rechtliche und wirtschaftliche Risiken können sich aus dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 10. Oktober 2012 – IV ZR 10/11 – zur Gegenwertforderung der VBL bei einer Beendigung des Beteiligungsverhältnisses ergeben. Der Bundesgerichtshof hat in zwei Urteilen entschieden, dass § 23 Abs. 2 der VBL-Satzung den ausgeschiedenen Arbeitgeber unangemessen benachteiligt und daher unwirksam ist. Der Bundesgerichtshof hat aber auch ausdrücklich klargestellt, dass es einen Ausstieg ohne jeglichen finanziellen Ausgleich nicht gibt. Dienstgeber haben daher für die Ausfinanzierung der Rentenanwartschaften und Leistungsansprüche ihrer aktiven und ehemaligen Beschäftigten unverändert einen Ausgleich an die Zusatzversorgungseinrichtung zu leisten. Gemeinsam mit der AKA und den AKA-Kassen passt die KZVK ihre Regelung zum Ausgleich der nach dem Ausscheiden eines Beteiligten bei ihr verbleibenden Lasten (Ausgleichsbetrag) den Anforderungen der Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs an.

Rechtliche und wirtschaftliche Risiken können sich auch aus dem Urteil des Bundesgerichtshofs vom 5. Dezember 2012 – IV ZR 111/10 – zu dem von der KZVK erhobenen Sanierungsgeld und dem Beitragszuschuss Ost ergeben. Zwar hat der Bundesgerichtshof das Recht der Kasse, Sanierungsgeld zu erheben, ausdrücklich anerkannt. Er hat aber gleichzeitig den im Jahr 2002 gefassten Beschluss zur Festlegung des Sanierungsgeldhebesatzes beanstandet. Lediglich aus prozessualen Gründen hat der Bundesgerichtshof einen bereits im Jahr 2010 gefassten neuen Beschluss zur Festlegung der Höhe des Sanierungsgeldes unberücksichtigt gelassen. Die Rechtmäßigkeit dieses Beschlusses und der aktualisierten Regelung zum Beitragszuschuss Ost werden derzeit gerichtlich geprüft.

Versicherungstechnische Risiken

Den biometrischen Risiken ist die KZVK durch eine weitere Stärkung der Deckungsrückstellung in allen Abrechnungsverbänden begegnet. Denn die kontinuierliche Untersuchung der Bestände zeigt, dass die bei Einführung des Punktemodells zugrunde gelegten biometrischen Rechnungsgrundlagen, die damals für die betriebliche Altersversorgung allgemein üblichen Periodentafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck, angesichts der Besonderheiten der Bestände und der deutlich weiter steigenden Lebenserwartung nicht mehr angemessen sind. Für die Stärkung der Deckungsrückstellung werden wie bereits in den Vorjahren die in der betrieblichen Altersversorgung verwendeten Generationentafeln 2005 G, modifiziert nach den Anforderungen der Bestände, zugrunde gelegt.

Aus Gründen der Vorsicht kann seit dem 21. Dezember 2012 das Wahlrecht zum Ausschluss der Hinterbliebenenversorgung in der freiwilligen Versicherung nicht mehr ausgeübt werden. Damit reagiert die KZVK angemessen auf die Anforderungen des Europäischen Gerichtshofs an einheitliche Beiträge für Männer und Frauen, selbst wenn diese nicht zwingend auf alle Formen der betrieblichen Altersversorgung anzuwenden wären. Risiken aus dem Versichertenbestand, die weitere Maßnahmen erfordern würden, sind zurzeit nicht erkennbar.

Finanztechnische Risiken

Risiken aus Kapitalanlagen

Die Finanzanlagen der KZVK unterliegen Risiken aus der Entwicklung der Kapitalmärkte. Beim Kapitalanlagegeschäft besteht das wesentliche Risiko darin, zeitraumbezogene erforderliche Ergebnisziele zu verfehlen und festgeschriebene Zinsverpflichtungen nicht erfüllen zu können. Im Einzelnen sind die Kapitalanlagenbestände dabei insbesondere folgenden Gefahren ausgesetzt:

- Abschreibungen auf Anlagen als Folge von Adressausfällen (Kredit- oder Bonitätsrisiko)
- Abschreibungen infolge von Marktpreisänderungen (Marktänderungsrisiko)
- Abschreibungen wegen Änderung von Währungsrelationen (Währungsrisiko)
- Marktzinsen, die über einen längeren Zeitraum unter den in den Zusagemodellen verwendeten Rechnungszinsen liegen (Rechnungszinsrisiko)
- Druck zur Verlustrealisierung bei Liquiditätsengpässen (Liquiditätsrisiko)

Hinsichtlich der Immobilienanlagen kommen Nutzungs- und Vermietbarkeitsrisiken, d. h. Ertragsausfallrisiken und Verwertungsrisiken hinzu. Bei Investitionen in alternativen oder strukturierten Anlageprodukten können sich zusätzliche Risiken aus dem Einsatz von Leverage ergeben, der in der Regel in unterschiedlichem Umfang in den Produkten genutzt wird.

Die Beherrschung und effektive Steuerung von Finanzmarktrisiken ist eine unabdingbare Voraussetzung, um gefährdende Entwicklungen frühzeitig zu erkennen und in ihren Auswirkungen auf die KZVK beschränken zu können. Die KZVK hat dafür ein umfangreiches Berichtswesen aufgebaut. Die Risikobeurteilung setzt bei der Ertrags- und Risikoanalyse auf Basis der Marktwerte sowie der systematischen Finanzmarktrisiken der KZVK an. Darauf aufbauend wurde eine risikoadjustierte Kapitalanlagestrategie zur optimalen Investition der Kapitalanlagen in Relation zur Verpflichtungsseite implementiert sowie die notwendigen und angemessenen Risikobudgets für jeden Abrechnungsverband ermittelt.

Aktiv-/Passiv-Risiken (Asset-/Liability-Management)

Das Risiko, die durch die KZVK grundsätzlich auf lange Frist gegebenen Zinsversprechen nicht adäquat, d. h. einerseits fristenkongruent und andererseits auf Basis eines entsprechend hohen und "risikofreien" Marktzinssatzes ausfinanzieren zu können, kann als Aktiv-/Passiv-Risiko oder ALM-Risiko bezeichnet werden.

Die Risikolage wird in diesem Steuerungskreis ganz überwiegend durch die Zinsbindungsdifferenz zwischen den Passiva (Deckungsrückstellungen) und den disponierten Zinsbindungen auf den Aktivseiten der drei Abrechnungsverbände beherrscht (Zins-Gap). Eine Deckung erfolgt in diesem rein betriebswirtschaftlich orientierten Steuerungskreis aus den Marktbewertungen aller Bestände der Bilanz, also auch der Deckungsrückstellung.

Unter dieser Betrachtungsweise haben alle drei Abrechnungsverbände der KZVK stille Lasten im Aktiv-/Passiv-Kontext. Die Risikolage kann über die Zeit durch eine Annäherung der aktivischen Zinsbindung, d. h. eine Erhöhung der Duration der Wertpapierbestände, an die hohe Duration der Deckungsrückstellung abgemildert werden. Diese Steuerungslogik wurde im Jahr 2012 im Rahmen der Neuanlage im Direktbestand sukzessive verfolgt. In allen drei Abrechnungsverbänden konnte eine signifikante Erhöhung der Duration der Wertpapierbestände erreicht werden.

Allerdings stellt das Aktiv-/Passiv-Risiko für die KZVK insgesamt noch das bedeutendste und langfristig, insbesondere vor dem Hintergrund einer möglicherweise noch länger andauernden Niedrigzinsphase, auch das strategisch wichtigste Risiko dar.

Prognosebericht (Ausblick)

Trotz des erwarteten Anstiegs der Beiträge durch die planmäßige Erhöhung des Beitragssatzes sowie der Versichertenzahlen wird insgesamt ein Jahresfehlbetrag im Jahr 2013 erwartet.

Durch das Sanierungsgeld kann der Ausgleichsposten im Abrechnungsverband S, sofern keine besonderen negativen Ereignisse eintreten, weiter zurückgeführt werden.

Mit der Umsetzung der zweiten Stufe der Beitragsanpassung auf 4,8 Prozentpunkte wird ein positives Jahresergebnis und eine Verringerung des Ausgleichspostens im Abrechnungsverband P erwartet.

Die Ergebnisentwicklung im Abrechnungsverband F wird maßgeblich durch die tatsächliche Entwicklung am Kapitalmarkt beeinflusst. Aufgrund des zu erwartenden sinkenden Kapitalmarktzinses wird mit einem Jahresfehlbetrag im Abrechnungsverband F gerechnet.

Der Bestand der Kapitalanlagen wird sich im kommenden Geschäftsjahr voraussichtlich um ca. T€ 850.000 erhöhen. Bei den Versicherten rechnet die Kasse mit einem niedrigen, aber anhaltenden Wachstumstrend bei den Pflichtversicherten sowie den beitragsfrei Pflichtversicherten und einer Stagnation bis leichtem Rückgang bei den freiwillig Versicherten. Die Kasse erwartet zum Ende des nächsten Geschäftsjahres einen (Kapitalanlagen-)Deckungsgrad von 94,6 %.

Die Vermögenslage der KZVK sollte sich auch in 2013 zufriedenstellend entwickeln. Nachdem sich die Kapitalmärkte gegen Ende des abgelaufenen Geschäftsjahres etwas stabilisiert haben, wird mit der Fortsetzung der Niedrigzinspolitik der Europäischen Zentralbank gerechnet. Aufgrund des niedrigen Zinsniveaus ist deshalb für das Geschäftsjahr 2013 von einer weiter sinkenden Nettoverzinsung der Kapitalanlagen auszugehen.

Nachtragsbericht

Mit Urteil vom 26. April 2013 – I-20 U 98/12 – hat das Oberlandesgericht Hamm sowohl den Hebesatzbeschluss aus dem Jahr 2010 zum Sanierungsgeld als auch die neu gefasste Regelung zum Beitragszuschuss Ost beanstandet und die Revision beim Bundesgerichtshof nicht zugelassen. Dagegen hat die Kasse Nichtzulassungsbeschwerde eingelegt, sodass die Entscheidung des Oberlandesgerichts Hamm noch nicht rechtskräftig ist. Die weitere Entwicklung kann zum jetzigen Zeitpunkt nicht genau eingeschätzt werden. Sollte rechtskräftig festgestellt werden, dass der Beschluss zur Festlegung des Sanierungsgeldsatzes fehlerhaft gefasst worden ist, wird die Kasse unter sorgfältiger Berücksichtigung der von den Gerichten aufgeführten Entscheidungsgründe und auf der Grundlage eines neuen aktuariellen Vorschlags einen ersetzenden Beschluss fassen. Weitere wesentliche Entwicklungen, die eine besondere Berichtspflicht auslösen, sind bis zum Zeitpunkt der Aufstellung des Jahresabschlusses im Geschäftsjahr 2012 nicht eingetreten.

Köln, 30. April 2013

Der Vorstand

gez.	gez.
Dr. Claudia Leimkühler	Bernd Franken

03

JAHRESABSCHLUSS

Bilanz (zum 31. Dezember 2012)

Aktiva	2012 T€	2012 T€	2012 T€	2011 T€
A. Immaterielle Vermögensgegenstände			3.903	2.893
B. Kapitalanlagen				
I. Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten		338.222		349.856
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen				
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0			0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0			0
3. Beteiligungen	279.221			258.716
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0	279.221		0
III. Sonstige Kapitalanlagen				
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere	4.854.158			4.595.759
2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	1.215.928			697.639
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	230			268
4. Sonstige Ausleihungen				
a) Namensschuldverschreibungen	2.646.415			2.289.829
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	4.907.263			5.075.929
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0			0
d) übrige Ausleihungen	1.979			2.130
5. Einlagen bei Kreditinstituten	738.703			857.673
6. Andere Kapitalanlagen	80.440	14.445.115	15.062.558	140.638
C. Forderungen				
I. Forderungen aus dem Versicherungsgeschäft an:				
1. Versicherte	0			0
2. Beteiligte	28.251			23.862
3. Andere Zusatzversorgungseinrichtungen	1.144	29.395		116
II. Sonstige Forderungen		301	29.696	855
D. Sonstige Vermögensgegenstände				
I. Sachanlagen und Vorräte		566		762
II. Laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Schecks und Kassenbestand		88.611		20.547
III. Andere Vermögensgegenstände		46.236	135.412	40.323
E. Rechnungsabgrenzungsposten				
I. Abgegrenzte Zinsen und Mieten		172.255		167.263
II. Sonstige Rechnungsabgrenzungsposten		395	172.650	534
F. Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag (Ausgleichsposten)			720.987	1.042.039
Summe Aktiva			**16.125.206**	**15.567.633**

Passiva	2012 T€	2012 T€	2012 T€	2011 T€
A. Eigenkapital				
I. Verlustrücklage		0		0
II. Gewinnvortrag/Verlustvortrag		0		0
III. Jahresüberschuss/Jahresfehlbetrag		0	0	0
B. Versicherungstechnische Rückstellungen				
I. Beitragsüberträge		0		0
II. Deckungsrückstellung		16.027.607		15.513.779
III. Rückstellung für sonstige satzungsmäßige Leistungen		3.847		3.576
IV. Rückstellung für Überschussbeteiligung		0	16.031.454	0
C. Andere Rückstellungen				
I. Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen		36.077		27.794
II. Steuerrückstellungen		0		0
III. Sonstige Rückstellungen		38.877	74.954	10.589
D. Andere Verbindlichkeiten				
I. Verbindlichkeiten aus dem Versicherungsgeschäft gegenüber:				
1. Versicherten	116			112
2. Beteiligten	2.913			1.653
3. Anderen Zusatzversorgungseinrichtungen	3.838	6.867		3.605
II. Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten		0		0
III. Sonstige Verbindlichkeiten		11.811	18.678	6.271
davon aus Steuern T€ 389 (Vorjahr T€ 315)				
davon im Rahmen der sozialen Sicherheit T€ 0 (Vorjahr T€ 0)				
E. Rechnungsabgrenzungsposten			120	254
Summe Passiva			**16.125.206**	**15.567.633**

Bestätigung des Verantwortlichen Aktuars

Der Verantwortliche Aktuar, Herr Hartmut Engbroks, hat am 30. April 2013 bestätigt, dass die unter Posten B. II. ausgewiesene Deckungsrückstellung unter Beachtung der technischen Geschäftspläne berechnet worden ist.

Gewinn- und Verlustrechnung (1. Januar bis 31. Dezember 2012)

	2012 T€	2012 T€	2011 T€
1. Beiträge und sonstige satzungsmäßige Einnahmen			
a) Beiträge und Umlagen	629.095		607.975
b) Einnahmen aus der Übertragung von Barwerten, Beitragsrückerstattungen	33.766		29.765
c) andere satzungsmäßige Einnahmen	2.296	665.157	3.756
2. Erträge aus der Auflösung der Rückstellung für Überschussbeteiligung		0	0
3. Erträge aus der Verminderung versicherungstechnischer Rückstellungen		282.640	0
4. Erträge aus Kapitalanlagen			
a) Erträge aus Grundstücken	21.187		23.955
b) Zinsen und ähnliche Erträge	537.474		542.087
c) Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen	19.438		35.628
d) Erträge aus Zuschüssen	0		0
e) Erträge aus Beteiligungen	10.899	588.998	5.013
5. Sonstige versicherungstechnische Erträge		129	192
6. Aufwendungen für Versicherungsfälle		450.364	427.092
7. Aufwendungen für die Übertragung von Barwerten, Beitragserstattungen, Beitragsrückzahlungen		42.361	35.417
8. Aufwendungen für künftige Überschussbeteiligung		0	0
9. Aufwendungen aus der Erhöhung der Deckungsrückstellung		796.467	856.336
10. Aufwendungen für Kapitalanlagen			
a) Abschreibungen	9.585		11.726
b) Aufwendungen für die Verwaltung der Kapitalanlagen und sonstige Aufwendungen	6.577		8.028
c) Verluste aus dem Abgang von Kapitalanlagen	523	16.685	717
11. Personalaufwand			
a) Löhne und Gehälter	11.145		10.814
b) soziale Abgaben und Aufwendungen für Altersversorgung und für Unterstützung	13.894	25.039	8.827
davon für Altersversorgung T€ 9.612 (Vorjahr T€ 7.447)			
12. Sonstige Abschreibungen			
a) auf immaterielle Vermögensgegenstände	229		164
b) sonstige	399	628	337
13. Sonstige Verwaltungsaufwendungen			
a) Aufwand für EDV-Anlagen	2.332		1.083
b) Bürobedarf, Telefon-, Telefax- und Postgebühren	842		938
c) andere Verwaltungsaufwendungen	3.257	6.431	3.302
14. Technisches Ergebnis		**198.948**	**-116.410**
15. Sonstige Erträge, soweit sie nicht zu Posten Nr. 1 gehören		1.915	3.264
16. Sonstige Aufwendungen		0	0
17. Zinsen und ähnliche Aufwendungen		1.268	1.006
18. Ergebnis der gewöhnlichen Geschäftstätigkeit		**199.595**	**-114.152**
19. Außerordentliche Erträge		0	0
20. Außerordentliche Aufwendungen		27.000	0
21. Außerordentliches Ergebnis		**-27.000**	**0**
22. Sonstige Steuern		6	40
23. Jahresüberschuss/-fehlbetrag		**172.589**	**-114.192**
24. Entnahme aus der Verlustrücklage		0	0
25. Einstellung in die Verlustrücklage		0	0
26. Veränderung des Ausgleichspostens		-172.589	114.192
27. Bilanzgewinn/-verlust		**0**	**0**

Anhang

Darstellungsform und Gliederung des Jahresabschlusses

Der Jahresabschluss für das Geschäftsjahr 2012 wurde nach den Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung unter Beachtung satzungsmäßiger Bestimmungen und den Vorschriften des Handelsgesetzbuches in der Fassung vom 17. Dezember 2008 aufgestellt.

Die Bilanz und die Gewinn- und Verlustrechnung sind aufgrund des dem Versicherungsgeschäft ähnlichen Geschäfts der KZVK an das Formblatt 1 (Bilanz) und Formblatt 3 (GuV) RechVersV in der Fassung vom 23. November 2007 angepasst.

Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden

Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten werden zu Anschaffungs- bzw. Herstellungskosten, vermindert um planmäßige lineare Abschreibungen, angesetzt. Der einheitlich verwendete Abschreibungssatz beträgt jährlich 2 %. Es werden außerplanmäßige Abschreibungen gemäß § 253 Abs. 2 Satz 3 HGB auf den niedrigeren beizulegenden Wert bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung vorgenommen.

Beteiligungen sind mit den Anschaffungskosten angesetzt und werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß § 253 Abs. 2 HGB bewertet.

Aktien, Investmentanteile, Inhaberschuldverschreibungen, andere festverzinsliche und nicht festverzinsliche Wertpapiere werden grundsätzlich nach dem strengen Niederstwertprinzip (§ 253 Abs. 3 HGB) mit den Börsen- oder Marktpreisen sowie Rücknahmepreisen zum Bilanzstichtag angesetzt. Die Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere, die dem Anlagevermögen zugeordnet sind, werden gemäß § 341b Abs. 2 HGB nach dem gemilderten Niederstwertprinzip zu Anschaffungskosten bewertet.

Hypotheken- und Grundschuldforderungen sind mit dem Nominalwert, vermindert um geleistete Tilgungen, angesetzt.

Namensschuldverschreibungen, Schuldscheinforderungen und Darlehen sowie die übrigen Ausleihungen sind zum Anschaffungskurs angesetzt und werden nach dem gemilderten Niederstwertprinzip gemäß § 253 Abs. 2 HGB bewertet. Abschreibungen erfolgen nur bei voraussichtlich dauerhafter Wertminderung. Ein Darlehen wird zum Bilanzstichtag mit dem Barwert der Restforderung bilanziert.

Strukturierte Finanzinstrumente werden gemäß IDW Rechnungslegungshinweis RS HFA 22 in Ansatz gebracht und nach den Vorschriften des jeweils zugehörigen Bilanzpostens bewertet. Von einer Zerlegung wird nur in den Fällen abgesehen, bei denen im Zugangszeitpunkt eine einheitliche Bilanzierung erfolgte.

Einlagen bei Kreditinstituten, laufende Guthaben bei Kreditinstituten, Forderungen und Rechnungsabgrenzungsposten werden mit dem Nennwert bewertet.

Andere Kapitalanlagen werden grundsätzlich zu Anschaffungskosten bilanziert. Abweichend von diesem Grundsatz werden die in dieser Position enthaltenen nicht börsenfähigen Genussscheine nach dem strengen Niederstwertprinzip bewertet.

Die KZVK macht von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 5 HGB Gebrauch, dass ein niedrigerer Wertansatz beibehalten werden darf, auch wenn die Gründe dafür nicht mehr bestehen.

Die versicherungstechnischen Rückstellungen enthalten sämtliche Rückstellungen, die zur Einhaltung von Verpflichtungen zur Versicherungsleistung gegenüber den Versicherten oder anspruchsberechtigten Dritten gebildet werden. Die Deckungsrückstellung wird nach versicherungsmathematischen Grundsätzen gebildet. Für jeden einzelnen Abrechnungsverband wird eine Deckungsrückstellung nach Maßgabe der jeweiligen technischen Geschäftspläne ermittelt. Der verwendete geschäftsplanmäßige Rechnungszins beträgt 3,25 % vor und 5,25 % nach Eintritt des Versorgungsfalls. Der Bewertung der Pensionsverpflichtungen liegen die Richttafeln 1998 von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Pensionierungsalter von 65 Jahren zugrunde. Aufgrund der weiter steigenden Lebenserwartung und einer sinkenden Invalidisierungswahrscheinlichkeit wird zur Absicherung des biometrischen Risikos eine zusätzliche Stärkung der Deckungsrückstellung unter Verwendung der Richttafeln 2005 G, die durch eine Modifikation an die beobachteten kassenspezifischen Gegebenheiten angepasst wurden, vorgenommen.

Die Pensionsrückstellung, die Rückstellung für Altersteilzeitverpflichtungen sowie die Jubiläums- und die Beihilferückstellung werden auf Basis eines versicherungsmathematischen Gutachtens mit dem Barwert der erwarteten zukünftigen Leistungen bewertet. Dabei werden die Richttafeln 2005 G von Prof. Dr. Klaus Heubeck mit einem Rechnungszinsfuß von 3,5 % (Vorjahr 4,0 %) und einer Gehalts- und Versorgungsleistungsdynamik von 2,0 % (Vorjahr 1,5 %) angewendet.

Die sonstigen Rückstellungen werden in Höhe der zu erwartenden Aufwendungen aufgrund von Erfahrungswerten gebildet.

Die Verbindlichkeiten aus dem Versorgungsgeschäft und die anderen Verbindlichkeiten sind mit dem Rückzahlungsbetrag bilanziert.

Angaben zur Bilanz

Aktiva

ZU A. IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Die wesentliche Veränderung bei den immateriellen Vermögensgegenständen in 2012 resultiert aus im Zusammenhang mit dem Realisierungsvertrag mit der COR&FJA Deutschland GmbH für ein Bestandsführungssystem geleisteten Anzahlungen in Höhe von T€ 1.100.

ZU B. KAPITALANLAGEN

Die Gesamtsumme der fortgeführten Anschaffungskosten der Kapitalanlagen beträgt T€ 15.062.558. Der Börsenwert beläuft sich zum Abschlussstichtag auf T€ 16.074.844.

ZU B. I. GRUNDSTÜCKE, GRUNDSTÜCKSGLEICHE RECHTE UND BAUTEN

Die Betriebsimmobilien werden von der KZVK als Verwaltungsgebäude genutzt und machen einen Anteil von 3,9 % des Direktimmobilienbestandes aus.

Die Abschreibungen betreffen planmäßige Abschreibungen in Höhe von T€ 5.744 (Vorjahr T€ 5.909) und außerplanmäßige Abschreibungen in Höhe von T€ 3.841 (Vorjahr T€ 2.871).

Der Zeitwert gemäß § 55 RechVersV des Grundbesitzes wurde nach dem Ertragswertverfahren berechnet und beträgt aufgrund der zuletzt erstellten Gutachten T€ 410.490.

ZU B. II. KAPITALANLAGEN IN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN UND BETEILIGUNGEN

ZU B. II. 3. BETEILIGUNGEN

Die Kasse hält Anteile an vier GmbHs, die als Holdinggesellschaft für Beteiligungen an Private Equity Fonds dienen. An der PE Rhenus GmbH mit Sitz in Köln hält die KZVK 99,6 % der Anteile. Bei der PE Moenus GmbH beträgt der Anteil 98 % und der Sitz der Gesellschaft ist München. Die KZVK ist mit 99,6 % Anteilseigner an der PE Albis GmbH mit Sitz in Hamburg. An der PE Lortium GmbH mit Sitz in München ist die Kasse zu 98 % beteiligt. Der Wert dieses Bilanzpostens entwickelte sich im Geschäftsjahr wie folgt:

	T€
Bestand am 31.12.2011	**258.716**
Zugänge	24.605
Abgänge	4.100
Abschreibungen im Geschäftsjahr	0
Bestand am 31.12.2012	**279.221**

Zur Beurteilung der Wertentwicklung der GmbHs wurden – soweit schon vorhanden – die jeweiligen, aktuellen Jahresabschlüsse herangezogen. Bei Nicht-Vorliegen eines aktuellen Jahresabschlusses wurden auf der Basis des letztverfügbaren Jahresabschlusses die Beteiligungen zu fortgeführten Anschaffungskosten oder auf der Basis der für das IV. Quartal 2012 vorliegenden Daten bewertet.

Der Zeitwert der Beteiligungen entspricht zum Abschlussstichtag dem Buchwert.

ZU B. III. SONSTIGE KAPITALANLAGEN

ZU B. III. 1. AKTIEN, INVESTMENTANTEILE UND ANDERE NICHT FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Diese Position enthält neben den Aktien (T€ 579) und den anderen nicht festverzinslichen Wertpapieren (T€ 48.033) Investmentanteile in Höhe von T€ 4.805.546. Der gemäß § 56 RechVersV ermittelte Zeitwert beträgt zum Abschlussstichtag T€ 5.273.325. Die Aufteilung der Investmentanteile zeigen die folgenden Tabellen.

Masterfonds-KAG – Asset Allokation –	Buchwert 31.12.2012 T€
Renten Global	1.234.049
Unternehmensanleihen USD	698.209
Unternehmensanleihen Euro	486.218
Private Equity	236.252
Renten Schwellenländer	173.738
Aktien Nordamerika	244.827
Aktien Europa	254.338
REIT Nordamerika	106.834
Währungsoverlay	302.657
Aktien Pazifik	106.554
Hochzinsanleihen USD	171.248
Hochzinsanleihen Euro	177.057
Aktien Schwellenländer	107.186
REIT Asien	19.397
Taktisches Overlay	21.070
Sonstige Renten und rentenähnliche Wertpapiere	0
Liquidität, Forderungen, Verbindlichkeiten	4.107
Gesamt	**4.343.741**

Darüber hinaus werden fünf Immobilienfonds gehalten.

Name	Anteil %	Regionale Aufteilung	Buchwert 31.12.2012 T€
Immo-Fonds A	87,3	Deutschland	403.128
Immo-Fonds B	3,8	Europa	17.378
Immo-Fonds C	4,0	Europa	18.585
Immo-Fonds D	3,7	Europa	17.078
Immo-Fonds E	1,2	Europa	5.636
Gesamt	**100,0**		**461.805**

Im Jahr 2012 mussten im Immobilienfonds-Bereich keine Abschreibungen vorgenommen werden.

ZU B. III. 2. INHABERSCHULDVERSCHREIBUNGEN UND ANDERE FESTVERZINSLICHE WERTPAPIERE

Der unter diesem Posten ausgewiesene Bestand betrifft hauptsächlich in Euro denominierte Inhaberschuldverschreibungen europäischer und weniger US-amerikanischer Kreditinstitute sowie öffentlich-rechtlicher Körperschaften der Europäischen Union. Der gemäß § 56 RechVersV ermittelte Zeitwert der Inhaberschuldverschreibungen beträgt T€ 1.357.837.

ZU B. III. 3. HYPOTHEKEN-, GRUNDSCHULD- UND RENTENSCHULDFORDERUNGEN

In dieser Position sind vorwiegend Baudarlehen an Mitarbeiter der Kasse enthalten. Im Geschäftsjahr 2012 wurden keine neuen Baudarlehen gewährt. Der Zeitwert dieser Position beträgt zum Geschäftsjahresende T€ 230.

ZU B. III. 4. SONSTIGE AUSLEIHUNGEN

ZU B. III. 4. a) NAMENSSCHULDVERSCHREIBUNGEN

Hierunter fallen im Wesentlichen Namensschuldverschreibungen von staatsgarantierten und supranationalen Einrichtungen, Namenskommunalobligationen und -pfandbriefe von Hypothekenbanken und Landesbanken sowie Namenssparbriefe von Sparkassen. Für die Namensschuldverschreibungen beträgt der Börsenwert zum Bilanzstichtag T€ 2.956.603. Unter Verwendung interner Bewertungsmodelle ergibt sich ein kalkulatorischer Zeitwert in Höhe von T€ 3.489.750. Der bei Endfälligkeit der Wertpapiere zu erzielende Nominalwert beträgt T€ 2.957.104.

ZU B. III. 4. b) SCHULDSCHEINFORDERUNGEN UND DARLEHEN

Unter diesem Posten werden insbesondere Schuldscheindarlehen von Bundesländern sowie dem Finanzsektor ausgewiesen. Der Börsenwert der Schuldscheinforderungen und Darlehen beträgt zum Geschäftsjahresende T€ 4.975.296. Unter Verwendung interner Bewertungsmodelle ergibt sich ein kalkulatorischer Zeitwert in Höhe von T€ 5.651.610. Der bei Endfälligkeit der Wertpapiere zu erzielende Nominalwert beträgt T€ 4.953.008.

ZU B. III. 5. EINLAGEN BEI KREDITINSTITUTEN

Bei den Einlagen bei Kreditinstituten handelt es sich um Termingelder in Höhe von T€ 342.000, Tagesgelder in Höhe von T€ 333.303 und Festgelder in Höhe von T€ 63.400, die zur kurzfristigen Anlage liquider Mittel bei den Hausbanken der KZVK angelegt sind.

Der Buchwert entspricht bei dieser Position dem Zeitwert.

ZU B. III. 6. ANDERE KAPITALANLAGEN

Unter dieser Position werden verbriefte Genussrechte inländischer Kreditinstitute in Höhe von T€ 78.220 (Vorjahr T€ 138.418) ausgewiesen, die zum Abschlussstichtag einen Zeitwert in Höhe von T€ 79.500 besitzen, der sich aufgrund des Unterschiedsbetrags zwischen Nominal- und Buchwert ergibt. Sie gewähren einen fixen Coupon in Abhängigkeit des Jahresergebnisses des Emittenten. Die Kasse nimmt in voller Höhe der Nominalbeträge der Genussscheine an eventuellen Verlusten der Emittenten teil. Nachschusspflichten sind mit den Genussrechten nicht verbunden.

Des Weiteren sind in diesem Posten Genossenschaftsanteile in Höhe von T€ 2.220 (Vorjahr T€ 2.220) an vier kirchlichen Banken enthalten. Der Buchwert entspricht dem Zeitwert.

ZU C. FORDERUNGEN

Die Position beinhaltet zum größten Teil Forderungen aus noch nicht bezahlten, aber zum Geschäftsjahresende fälligen Sanierungsgeldrechnungen in Höhe von T€ 27.837.

ZU D. SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

ZU D. I. SACHANLAGEN UND VORRÄTE

Bei diesem Posten handelt es sich um die Betriebs- und Geschäftsausstattung der Betriebsimmobilien der KZVK.

ZU D. II. LAUFENDE GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN, SCHECKS UND KASSENBESTAND

Bei dem Betrag in Höhe von T€ 88.611 handelt es sich um die laufenden Guthaben der einzelnen Girokonten bei neun verschiedenen Kreditinstituten und um einen geringen Bar- und Frankierbestand in Höhe von T€ 4.

ZU D. III. ANDERE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Der größte Anteil dieses Bilanzpostens entfällt mit T€ 37.029 auf die bereits im Dezember an die Versorgungsempfänger ausgezahlten Renten für den Monat Januar 2013. Von den Mietern erhaltene Mietkautionen stellen mit T€ 4.963 die zweitgrößte Position dar. Mit T€ 3.635 folgen die Forderungen aus dem Vermietungsbereich an dritter Stelle, die hauptsächlich noch nicht abgerechnete Betriebskosten betreffen.

ZU E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten enthält im Wesentlichen abgegrenzte Zinsen, die erst im Folgejahr fällig sind, sowie bereits im Voraus bezahlte Aufwendungen für die Zeit nach dem Abschlussstichtag.

ZU F. NICHT DURCH EIGENKAPITAL GEDECKTER FEHLBETRAG (AUSGLEICHSPOSTEN)

Der Ausgleichsposten hat sich aufgrund des positiven Jahresergebnisses und den erhaltenen Sanierungsgeldzahlungen im Geschäftsjahr um T€ 321.052 verringert und beträgt zum Bilanzstichtag T€ 720.987 (Vorjahr T€ 1.042.039).

Passiva

ZU A. EIGENKAPITAL

ZU A. I. VERLUSTRÜCKLAGE

Die Verlustrücklagen sind in allen Abrechnungsverbänden in voller Höhe aufgelöst.

ZU B. II. DECKUNGSRÜCKSTELLUNG

Die Deckungsrückstellung stellt den nach versicherungsmathematischen Grundsätzen ermittelten Barwert künftiger Verpflichtungen aus der Versicherungsleistung dar. Die Berechnung wurde von der Heubeck AG nach Maßgabe des § 54 der Kassensatzung und den einzelnen Abrechnungsverbänden zugrunde liegenden technischen Geschäftsplänen durchgeführt.

Sie entwickelte sich wie folgt:

	2012 T€	2011 T€
Stand zum 1.1.	15.513.779	14.657.443
Zuführung	796.468	856.336
Auflösung	282.640	0
Endbestand zum 31.12.	**16.027.607**	**15.513.779**

Aufgrund der aktuellen Rechtsprechung zum Sanierungsgeld und zum Ausgleichsbetrag wurden die Werte für die Zurechnungszeiten jetzt vollständig dem Abrechnungsverband P (anstatt bisher Abrechnungsverbände S und P) zugeordnet, und die Anrechte der beitragsfrei Versicherten ohne erfüllte Wartezeiten wurden statt mit einem pauschalen Ansatz von 75 % (Vorjahre) mit einem kassenindividuell beobachteten Wert der letzten fünf Jahre in Höhe von 25 % in Ansatz gebracht.

ZU B. III. RÜCKSTELLUNG FÜR SONSTIGE SATZUNGSMÄSSIGE LEISTUNGEN

Zum Bilanzstichtag wurden T€ 3.847 in die Rückstellungen für noch nicht abgewickelte Versicherungsfälle eingestellt. Hierunter sind Verpflichtungen zu verstehen, die bis zum Geschäftsjahresende eingetreten, aber noch nicht abgewickelt worden sind.

ZU C. ANDERE RÜCKSTELLUNGEN

Die größten Posten dieser Bilanzpositionen stellen die Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen in Höhe von T€ 36.077, die Rückstellungen für Prozessrisiken in Höhe von T€ 27.784 und die Rückstellungen für Beihilfeansprüche in Höhe von T€ 5.130 dar. Darüber hinaus wurde für geplante, aber bisher unterlassene Instandhaltungsmaßnahmen im Immobilienbereich eine Rückstellung in Höhe von T€ 2.067 und für die Verpflichtung zur Aufbewahrung von Geschäftsunterlagen eine Rückstellung in Höhe von T€ 1.370 gebildet.

ZU D. ANDERE VERBINDLICHKEITEN

Bei den Verbindlichkeiten aus dem Versorgungsgeschäft gegenüber Versicherten und Beteiligten werden überzahlte Mitgliedsbeiträge, Pflichtumlagen der Beteiligten oder noch auszuzahlende Renten ausgewiesen. Bei dem Posten "Verbindlichkeiten gegenüber anderen Zusatzversorgungseinrichtungen" handelt es sich um Verbindlichkeiten nach dem Überleitungsstatut.

In den sonstigen Verbindlichkeiten sind Mietkautionen in Höhe von T€ 4.963 enthalten, die entweder durch Kautionssparbücher oder Mietbürgschaften besichert sind. Die restlichen sonstigen Verbindlichkeiten haben eine Restlaufzeit von unter fünf Jahren, wobei der größte Anteil in Höhe von T€ 4.086 auf Verbindlichkeiten aus dem Liegenschaftsbereich entfällt.

ZU E. RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Diese Position enthält für das folgende Geschäftsjahr vorausgezahlte Mieten in Höhe von T€ 94 und Beiträge in Höhe von T€ 26.

Angaben zur Gewinn- und Verlustrechnung

ZU 1. BEITRÄGE UND SONSTIGE SATZUNGSMÄSSIGE EINNAHMEN

Die hier ausgewiesenen Beträge bestehen hauptsächlich aus den Beiträgen aus der Pflichtversicherung (Abrechnungsverband P) und aus der freiwilligen Versicherung (Abrechnungsverband F) in Höhe von T€ 629.095 und den Beitragsüberleitungen in Höhe von T€ 33.766 (davon T€ 18.590 Abrechnungsverband P und T€ 14.651 Abrechnungsverband S).

ZU 3. ERTRÄGE AUS DER VERMINDERUNG VERSICHERUNGSTECHNISCHER RÜCKSTELLUNGEN

Diese Position enthält ausschließlich die Erträge aus der Auflösung der Deckungsrückstellung im Abrechnungsverband S aufgrund der geänderten Berechnungsgrundlagen in Höhe von T€ 282.640.

ZU 4. ERTRÄGE AUS KAPITALANLAGEN

Die Erträge aus Kapitalanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 2,9 % gesunken. Maßgeblich dazu beigetragen hat der Rückgang der Erträge aus dem Abgang von Kapitalanlagen auf T€ 19.438 (Vorjahr T€ 35.627).

ZU 5. SONSTIGE VERSICHERUNGSTECHNISCHE ERTRÄGE

Die sonstigen versicherungstechnischen Erträge beruhen mit T€ 119 (Vorjahr T€ 128) auf Zinsen auf nachentrichtete Umlagen und Beiträge gemäß §§ 65 bzw. 63 Abs. 3 der Kassensatzung, bei denen die Anmeldung zur Pflichtversicherung später als sechs Monate nach Beginn der Versicherungspflicht vorgenommen wurde.

ZU 6. AUFWENDUNGEN FÜR VERSICHERUNGSFÄLLE

Die Aufwendungen für Versicherungsfälle sind aufgrund der gestiegenen Anzahl der Leistungsempfänger erneut gestiegen. Mit einem Anteil von 99,5 % entfallen die Aufwendungen dieser Position fast ausschließlich auf die Rentenzahlungen.

ZU 9. AUFWENDUNGEN AUS DER ERHÖHUNG DER DECKUNGSRÜCKSTELLUNG

Die Aufwendungen aus der Zuführung zur Deckungsrückstellung betrugen im abgelaufenen Geschäftsjahr T€ 796.467 (Vorjahr T€ 856.336).

ZU 10. AUFWENDUNGEN FÜR KAPITALANLAGEN

Die Aufwendungen für Kapitalanlagen sind im Vergleich zum Vorjahr um 18,5 % gesunken. Ursächlich für diesen Rückgang waren vorwiegend die um T€ 2.141 verminderten Abschreibungen auf Kapitalanlagen und die um T€ 1.192 gesunkenen Grundstücksaufwendungen.

ZU 11. PERSONALAUFWAND

Ab dem Geschäftsjahr 2012 werden die Aufwendungen für Zuführung des Zinsanteils zur Pensionsrückstellung, Jubiläumsrückstellung und Altersteilzeitrückstellung nicht mehr unter 'Löhne und Gehälter', sondern unter der Position 'Zinsen und ähnliche Aufwendungen' dargestellt. Die Vorjahreswerte wurden entsprechend angepasst. Die deutliche Erhöhung

gegenüber dem Vorjahr resultiert im Wesentlichen aus der erstmaligen Dotierung einer Rückstellung für Beihilfen für aktive Beamte und den erhöhten Zuführungen zu Pensions- und Altersteilzeitrückstellungen aufgrund der aktuariellen Neuberechnung mit einem Rechnungszins von 3,5 % (Vorjahr 4,0 %) und einer Gehalts- und Versorgungsdynamik von 2,0 % (Vorjahr 1,5 %).

ZU 15. SONSTIGE ERTRÄGE, SOWEIT SIE NICHT ZU POSTEN NR. 1 GEHÖREN

Den wesentlichen Teil dieser Position bilden die Mieteinnahmen aus Untervermietung in Höhe von T€ 1.324, in denen eine Abstandszahlung wegen vorzeitiger Mietvertragsbeendigung zum 31. Dezember 2012 in Höhe von T€ 500 enthalten ist.

ZU 20. AUSSERORDENTLICHE AUFWENDUNGEN

Im abgelaufenen Geschäftsjahr entstanden der KZVK durch die Bildung einer Rückstellung für Prozessrisiken außerordentliche Aufwendungen in Höhe von T€ 27.000.

Weitere Pflichtangaben

Anzahl der Mitarbeiter

Während des Jahres 2012 waren (ohne Vorstandsmitglieder und ruhende Arbeitsverhältnisse) bei der KZVK 229 Mitarbeiter (Vorjahr 227) beschäftigt, davon 127 Frauen und 102 Männer. Die Anzahl der teilzeitbeschäftigten Mitarbeiter betrug 62 (Vorjahr 61). Im Jahresdurchschnitt waren 8 Mitarbeiter (Vorjahr 6) befristet beschäftigt. In einem beamtenähnlichen Dienstverhältnis standen wie im Vorjahr 42 Personen.

Haftungsverhältnisse/sonstige finanzielle Verpflichtungen

Die Kasse kann aus Anteilen bei genossenschaftlichen Kreditinstituten (Aktivposten B. III. 6.) in Höhe der Haftungssummen von T€ 6.440 (Vorjahr T€ 7.000) in Anspruch genommen werden (Nachschussverpflichtungen).

Aus Verträgen ergeben sich noch ausstehende Verpflichtungen in Höhe von T€ 7.076 (Vorjahr T€ 7.771). Davon betreffen T€ 4.936 (Vorjahr T€ 5.917) den Realisierungsvertrag mit der COR&FJA Deutschland GmbH für ein Bestandsführungssystem.

Die noch offene Verpflichtung auf Einzahlungen in die Kapitalrücklagen der erworbenen PE-Beteiligungen (Commitments) beträgt insgesamt T€ 141.898 (Vorjahr T€ 191.673).

Organmitglieder

Verwaltungsrat

Generalvikar Prälat Norbert Kleyboldt, Vorsitzender

Generalvikar Prälat Dr. Dominikus Schwaderlapp, stellvertretender Vorsitzender bis 16. März 2012

Generalvikar Prälat Dr. Stefan Heße, stellvertretender Vorsitzender ab 1. Juli 2012

Michael Birkle

Dr. Martin Böckel

Herbert Böhmer

Dieter Erfurth

Georg Grädler

Michael Himmelsbach

Andrea Hoffmann-Göritz

Andreas Jaster

Dr. Birgit Kugel

Hans Jörg Millies, ab 1. Juli 2012

Matthias Mitzscherlich

Dr. Claus C. Nommensen

Aloys Raming-Freesen

Niko Roth, bis 30. Juni 2012

Thomas Rühl

Vorstand

Bernd Franken, Vorstandssprecher

Dr. Claudia Leimkühler

Gabriele Boßmann, bis 31. Oktober 2012

Derivative Finanzinstrumente

2012	Buchwert T€	Zeitwert T€	Stille Reserven T€	Stille Lasten T€
in B. III. 1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festverzinsliche Wertpapiere enthalten:				
Hedgefonds	48.033	55.585	7.552	0
in B. III. 2. Inhaberschuldverschreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere enthalten:				
Putable	2.619	3.690	1.071	0
in B. III. 4. a) Namensschuldverschreibungen enthalten:				
Callable	258.000	318.914	60.914	0
Hedgefonds	14.499	14.499	0	0
Nachrang	40.000	40.000	0	0
in B. III. 4. b) Schuldscheinforderungen und Darlehen enthalten:				
Callable	97.000	120.284	23.284	0
Hedgefonds	321.184	360.255	39.846	775
Nachrang	161.000	161.000	0	0
Rohstoffe	45.350	49.275	3.925	0
in B. III. 6. Andere Kapitalanlagen enthalten:				
derivative Finanzinstrumente	2.000	2.000	0	0
Gesamt	**989.685**	**1.125.502**	**136.592**	**775**

Kapitalanlagen

	Buchwert 1.1.2012 T€	Umbu-chungen T€	Zugänge T€	Abgänge T€	Abschrei-bungen T€	Buchwert 31.12.2012 T€
I. Grundstücke, grundstücks-gleiche Rechte und Bauten	349.856	0	280	2.329	9.585	338.222
II. Kapitalanlagen in verbundenen Unternehmen und Beteiligungen						
1. Anteile an verbundenen Unternehmen	0	0	0	0	0	0
2. Ausleihungen an verbundene Unternehmen	0	0	0	0	0	0
3. Beteiligungen	258.716	0	24.605	4.100	0	279.221
4. Ausleihungen an Unternehmen, mit denen ein Beteiligungs-verhältnis besteht	0	0	0	0	0	0
III. Sonstige Kapitalanlagen						
1. Aktien, Investmentanteile und andere nicht festver-zinsliche Wertpapiere	4.595.759	0	375.249	116.851	0	4.854.157
2. Inhaberschuldver-schreibungen und andere festverzinsliche Wertpapiere	697.639	0	648.606	130.317	0	1.215.928
3. Hypotheken-, Grundschuld- und Rentenschuldforderungen	268	0	0	39	0	229
4. Sonstige Ausleihungen						
a) Namensschuld-verschreibungen	2.289.829	0	440.570	83.983	0	2.646.416
b) Schuldscheinforderungen und Darlehen	5.075.930	0	22.606	191.273	0	4.907.263
c) Darlehen und Vorauszahlungen auf Versicherungsscheine	0	0	0	0	0	0
d) übrige Ausleihungen	2.130	0	108	259	0	1.979
5. Einlagen bei Kreditinstituten	857.673	0	0	118.970	0	738.703
6. Andere Kapitalanlagen	140.638	0	0	60.198	0	80.440
Summe Kapitalanlagen	**14.268.438**	**0**	**1.512.024**	**708.319**	**9.585**	**15.062.558**

04 ERGEBNIS DER ABSCHLUSSPRÜFUNG

Bescheinigung

Zu dem Jahresabschluss und dem Lagebericht haben wir folgende Bescheinigung erteilt:

"An die Kirchliche Zusatzversorgungskasse des Verbands der Diözesen Deutschlands, Köln:

Wir haben den Jahresabschluss – bestehend aus Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung sowie Anhang – unter Einbeziehung der Buchführung und den Lagebericht der Kirchlichen Zusatzversorgungskasse des Verbands der Diözesen Deutschlands, Köln, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar 2012 bis 31. Dezember 2012 geprüft. Die Buchführung und die Aufstellung von Jahresabschluss und Lagebericht nach den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften, die gemäß § 53 Abs. 3 Satz 3 der Kassensatzung nach dem Rechtsstand vom 17. Dezember 2008 anzuwenden sind, sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung liegen in der Verantwortung der gesetzlichen Vertreter der Kasse. Unsere Aufgabe ist es, auf der Grundlage der von uns durchgeführten Prüfung eine Beurteilung über den Jahresabschluss unter Einbeziehung der Buchführung und über den Lagebericht abzugeben.

Wir haben unsere Jahresabschlussprüfung nach § 317 HGB unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung vorgenommen. Danach ist die Prüfung so zu planen und durchzuführen, dass Unrichtigkeiten und Verstöße, die sich auf die Darstellung des durch den Jahresabschluss unter Beachtung der anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften und durch den Lagebericht vermittelten Bildes der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage wesentlich auswirken, mit hinreichender Sicherheit erkannt werden. Bei der Festlegung der Prüfungshandlungen werden die Kenntnisse über die Geschäftstätigkeit und über das wirtschaftliche und rechtliche Umfeld der Kasse sowie die Erwartungen über mögliche Fehler berücksichtigt. Im Rahmen der Prüfung werden die Wirksamkeit des rechnungslegungsbezogenen internen Kontrollsystems sowie Nachweise für die Angaben in Buchführung, Jahresabschluss und Lagebericht überwiegend auf der Basis von Stichproben beurteilt. Die Prüfung umfasst die Beurteilung der angewandten Bilanzierungsgrundsätze und der wesentlichen Einschätzungen der gesetzlichen Vertreter sowie die Würdigung der Gesamtdarstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts. Wir sind der Auffassung, dass unsere Prüfung eine hinreichend sichere Grundlage für unsere Beurteilung bildet. Da es sich bei dem vorliegenden Jahresabschluss nicht um einen Jahresabschluss im Sinne der handelsrechtlichen Vorschriften, wie sie nach den Grundsätzen des EGHGB für das Geschäftsjahr 2012 anwendbar wären, handelt, können wir einen Bestätigungsvermerk nicht erteilen.

Unsere Prüfung hat zu keinen Einwendungen geführt.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse entspricht der Jahresabschluss den anzuwendenden Rechnungslegungsvorschriften sowie den ergänzenden Bestimmungen der Satzung und vermittelt unter Beachtung dieser Vorschriften ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Kasse. Der Lagebericht steht in Einklang mit dem Jahresabschluss, vermittelt insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Kasse und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar."

Köln, 3. Mai 2013

Ernst & Young GmbH
Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

gez.	gez.
Vogt	Dr. Horstkötter
Wirtschaftsprüfer	Wirtschaftsprüfer

Vorstehende Bescheinigung darf nur eingebunden in die gesamte vorliegende Berichterstattung verwendet werden. Eine gesonderte Verwendung ist nicht gestattet.

Impressum

HERAUSGEBER
Kirchliche Zusatzversorgungskasse
des Verbandes der Diözesen Deutschlands
Am Römerturm 8
50667 Köln

KONZEPT UND GESTALTUNG
unique. Agentur für Kommunikation GmbH & Co. KG, Köln

DRUCK
msk marketingservice köln GmbH, Köln

FOTOGRAFIE
Claudia Kempf, Wuppertal (Titel, Zwischenseiten, Seiten 6-7, 8, 10, 16, 17, 19, 25, 26-27, 46-47, 64-65)
Michael Bönte, dialogverlag Münster (Seite 12)
Caritas Behindertenwerk GmbH für die StädteRegion Aachen (Seite 22)

KZVK
Kirchliche Zusatzversorgungskasse
des Verbandes der Diözesen Deutschlands

Am Römerturm 8, 50667 Köln
Postfach 102064, 50460 Köln

Telefon 0221 2031-0
Fax 0221 2031-410
E-Mail info@kzvk.de

Dieser Geschäftsbericht ist im Internet abrufbar.

www.kzvk.de

Die Katholische
Zusatzversorgungskasse